

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Satzsetzungen ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Lichtstrahl aus Amerika

F. K. Am 21. Juni wurde die Welt von dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover überrascht, die Zahlung der Kriegsschulden an Amerika auf ein Jahr einzustellen unter der Bedingung, daß die andern Gläubigerstaaten gleichfalls für diese Zeit auf die ihnen zustehenden Zahlungen verzichten. Obwohl man die Beweggründe und näheren Bedingungen des Vorschlages noch nicht kannte, hat er in allen Ländern einen beispiellos freudigen Widerhall gefunden. Diese amtliche amerikanische Erklärung hat in der Tat nicht ihresgleichen seit dem Friedensschluß. Sie nimmt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt dermaßen in Bann, daß darüber selbst die wirtschaftlichen Nöte und der herbste politische Streit in den Hintergrund getreten ist. Die tiefsten Spuren jedoch zieht der Vorschlag in Deutschland. Hier wird er wie ein heilverheißender Lichtstrahl, wie eine Rettung aus atembeklemmender Not empfunden. Jedenfalls hat er die Hoffnung wieder aufleben lassen, aus dem hoffnungslos schmal gewordenen Engpaß doch noch herauszukommen.

Wenn dem amerikanischen Vorschlag allseitig zugestimmt wird, dann werden einerseits die Schuldnerstaaten vom 1. Juli an ein Jahr lang keine Zahlungen an Amerika zu leisten haben, und andererseits wird Deutschland anderthalb Milliarden Mark nicht an die Siegermächte abzuführen brauchen. 1500 Millionen Mark ist wenig angesichts der Größe des Geldbedarfs der öffentlichen Kassen Deutschlands, es ist aber eine Hilfe, um über die schwärzeste Stunde der Finanznot hinwegzukommen. Überdies wurde ein sofortiger Kredit von 100 Millionen Dollar in Aussicht gestellt (der schon gewährt ist), womit die am nächsten Monatsersten drohende Ebbe in der Reichskasse als beschworen gelten kann.

Dem Hooverschen Vorschlag haben England, Japan und Italien gleich zugestimmt, nur Belgien und Frankreich zögern noch. Für diese Staaten, besonders für Frankreich, ist allerdings die Zustimmung weniger leicht, weil es von den 840 Millionen Mark, die es im kommenden Jahre von Deutschland zu erhalten hat, nur die Hälfte an Amerika für Kriegsschulden weiterleiten muß. Bei Annahme des Hooverschen Vorschlages würden ihm die verbleibenden 420 Millionen Mark in seinem Staatshaushalt fehlen, wofür es selbst irgendwie Deckung suchen müßte.

Die Entscheidung Frankreichs (die schon gefallen sein wird, noch ehe diese Zeilen die Presse verlassen haben) wird auch von der Besorgnis schwer beschattet, das Feiertag für die Zahlungen der Kriegsschulden könnte der Anfang vom Ende der Reparationszahlungen überhaupt sein. Diese Meinung tritt in allen Ländern zutage, wenn auch nicht gerade als Besorgnis. In der Erklärung Hoovers findet diese Meinung nun allerdings keine Stütze; im Gegenteil. Dort heißt es ausdrücklich, die Frage der Reparationen sei ausschließlich Sache der europäischen Nationen, Amerika habe keinen Teil an ihr, und Hoover stimme unter keinen Umständen der Streichung der Kriegsschulden (an Amerika) zu. Wenn nun die Vereinigten Staaten sich weigern, ihren einstigen Alliierten die Kriegsschulden zu erlassen, so wäre das Ende der unheilvollen Reparationslasten kaum zu denken.

Allein, so bestimmt auch die Hooversche Erklärung klingt, es bleibt doch zu fragen, ob sie nicht im Laufe des nächsten Jahres viel von ihrer Bestimmtheit einbüßen wird. Man tut gut, die wiederholte Abweisung der Schuldentilgung als eine Konzession an die derzeitige Stimmung der amerikanischen Bevölkerung anzusehen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit entschieden gegen die Streichung ist. Ihre Stellungnahme ist von ihrem Standpunkte so uneben nicht. Sie sagt sich: was die früheren Alliierten noch schulden, sind Privatschulden, die die amerikanische Regierung übernommen hat und einkassiert. Wir haben den Siegermächten schon erhebliche Teile von ihrer Schuld nachgelassen. Sie haben sich von Deutschland wertvolle Landgebiete, Schiffe, Kohlenvorräte und ungezählte Milliarden angeeignet, so daß sie ihre Schulden an uns bezahlen sollten. Wie kommen wir amerikanischen Bürger dazu, mit unsern Steuergroschen für die finanziellen Verpflichtungen der lieben Alliierten aufzukommen? Würden wir das tun, so würden sie nur noch wilder ihre Kriegsrüstung betreiben und über kurz oder lang wiederholte sich das große Gemetzel von 1914.

Diese Erwägungen haben die Logik für sich. Ihnen konnte der Präsident Hoover nicht gut zuwiderhandeln, denn im nächsten Jahre finden die Präsidentenwahlen statt, die für die republikanische Partei nur wieder gewonnen werden können, wenn sich gegen sie die schon starke Mißstimmung nicht noch verstärkt. So geht man nicht fehl mit der Behauptung, daß es innerpolitische Gründe waren, die den Präsidenten bestimmten, seinem Vorschlag die sachliche und zeitliche Einschränkung zu geben. Hierauf läßt auch ein Leitartikel des Newyorker „World Telegram“ schließen, den man getrost als eine Erläuterung der Hooverschen Pläne bezeichnen kann. In diesem weitverbreiteten Aufsatz wird die vollständige Streichung der Kriegsschulden

den Alliierten unter bestimmten Bedingungen in Aussicht gestellt, und zwar unter folgenden: „Wenn jedoch die Mächte ihre Kriegsrüstungen vermindern, wie sie es in dem Vertrag tun, durch den sie Deutschland entwaffneten, und wenn sie sich moralisch verpflichten, es zu tun, indem sie das amerikanische Moratorium (Zahlungsaufschub) annehmen — dann können sie schließlich eine Streichung der Kriegsschulden erwarten.“ Sinngemäß ähnliche Stellen enthält der Aufsatz noch mehrere. Da nicht gut anzunehmen ist, daß dieser Aufsehen erregende Artikel ohne Fühlungnahme mit amtlichen Stellen der weitesten Öffentlichkeit unterbreitet worden ist, so läßt er keine andere Deutung zu, als daß man in Washington den Hooverschen Vorschlag als den Anfang zu einer Aufrollung des Problems der Reparationen mit dem Ziele ihrer Abschaffung betrachtet.

Es müssen äußerst gewichtige Gründe gewesen sein, die den Präsidenten Hoover — das Haupt des Landes der Monroeoktrin, und wo nach dem Kriege die Neigung eher noch stärker als vorher ist, sich nicht in die europäischen Händel zu mischen — bestimmten, den forschenden Anstoß zur finanziellen Hilfe an Deutschland durch Zahlungsaufschub der Kriegsschulden zu geben. Es sind in der Tat äußerst gewichtige Gründe, und zwar ganz amerikanische, die ihn veranlaßten, die heikle europäische Sache entschlossen in die Hand zu nehmen. In seinem Vorschlag wird als Grund seines Tuns vornehmlich die außerordentlich schlimme finanzielle Lage Deutschlands genannt. Das ist an sich nicht unrichtig. Über die deutsche wirtschaftliche und finanzielle Not ist man in Washington sehr gut unterrichtet. Seit Monaten sind amerikanische Privat- und Amtspersonen in Deutschland, die dessen Lage von allen Seiten studieren. Die Art des Ergebnisses zeigen Aufsätze in angesehenen amerikanischen Zeitschriften mit den Überschriften wie: „Europas schwärzeste Stunde“ oder „Deutschland beim letzten Blutstropfen“. Die wahnwitzige Kriegsrüsterei und Kriegshetze in den einzelnen Ländern Europas und das Anschwellen der faschistischen und bolschewistischen Gefahr in Deutschland, nehmen einen breiten Raum in diesen Berichten ein. Sie kommen zu dem Schluß, daß Deutschland, und mit ihm ganz Europa, äußerst nahe an einer politischen und gesellschaftlichen Katastrophe steht: „Wenn nun aber die Ermordung eines einzigen Mannes im Jahre 1914 einen Krieg hervorrufen konnte, von dem wir Amerikaner uns nicht fernhalten konnten, wie viel mehr ist eine Verwicklung Amerikas wahrscheinlich in einem künftigen Kriege durch eine mögliche Revolution in Deutschland mit einer französischen Intervention (Einschüpfung).“

Die Befürchtung, die aus diesen Worten — für Amerika spricht, ist sicherlich nicht unbegründet. Denn durch eine Revolution in Deutschland würden die Milliarden, die Amerika Deutschland geliehen hat, ein höchst zweifelhafter Kreditposten, so daß Amerika nicht tatenlos beiseite stehen könnte. Nicht mehr, und das ist die Hauptsache: Wenn in Deutschland die Flamme der Rebellion gegen die staatliche und wirtschaftliche Ordnung emporloderte, könnte der Brand leicht auf die Nachbarländer und schließlich auch auf Amerika überschlagen.

Verdienen wird groß geschrieben

In welch ungeheuerlichen Zuständen wir leben, das offenbart wieder einmal eine Bemerkung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung, die fast unbeachtet vorübergegangen ist. In dem allgemeinen Überblick, womit das Institut seinen letzten Vierteljahrsbericht einleitet, sagt es (Seite 31):

„Die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland entspricht heute etwa derjenigen von 1924... Sie ist geringer als zur Zeit der Wirtschaftskrise um die Jahreswende 1925/26... Noch nie vordem in Deutschland und wohl auch kaum jemals in einem anderen Industrieland hat eine Wirtschaftskrise eine völlige Aufhebung der Produktionserweiterung erzwingen können, die im vorangegangenen Konjunkturaufschwung erzielt wurde. Jeder Konjunkturrückgang machte halt, bevor noch die Produktion in die Nähe oder gar unter das letzte Krisentief gesunken war...“

Diesmal ist die Grenze überschritten. Immer und bei allen Krisen war es bisher so, daß unmittelbar nach der Krise die Produktion gewaltig zunahm, weit über das Maß hinaus, das sie vor der Krise hatte, und daß dann die neue Krise zwar einen Produktionsrückgang brachte, der jedoch nur einen Teil des inzwischen erreichten Zuwachses wegnahm, so daß alles in allem doch ein Fortschritt, eine Produktionszunahme übrig blieb, die sich nach Beendigung der neuen Krise abermals fortsetzte. Diesmal ist es anders. Wir sind unter das Maß herabgesunken, das schon vor der vorigen Krise erreicht war. Ist damit der weitere Fortschritt abgebrochen?

Das läßt sich heute noch nicht sagen. Wohl aber können wir ermitteln, woher dieser grauenhafte Rückgang kommt, wodurch er verschuldet ist.

Denn jedes kapitalistische Land ist zurzeit mit revolutionärem Brennstoff überreichlich vollgepfropft, nicht zum wenigsten das Land der Dollarmilliardäre, wo keinerlei staatliche Fürsorge für die Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft besteht. Dieses Land bekam vor zehn Jahren schon einen üblen Vorgeschmack vom „Roten Fieber“. Das war schon zu einer Zeit, wo es noch nicht sieben Millionen erwerbslose Menschen gab, die immer lauter nach Arbeit und Brot schreien. Und damals grinsten auch die bolschewistische Gespenst noch nicht so häßlich aufreizend über den Erdball. Diese Dinge gehen dem Geldgeber der Welt am ehesten auf die Nerven. Er fühlt sich verantwortlich für das Wohl seiner Schuldner und ihrem Geschäft. Er darf nicht tatenlos bleiben, wenn in einem seiner Zinsgebiete Brände entstehen, die die großen Haufen Dollars weschmelzen und gar noch das eigene Haus anstecken können. Der Geldgeber der Welt hat mehr zu verlieren als seine Schuldner! Darum ist er auch als erster verpflichtet, dafür zu sorgen, daß solche Brände niedergehalten werden. Und dazu soll der Vorschlag Hoovers dienen.

Das haben denn auch die Kapitalisten aller Länder gleich erfaßt. Daher ihre prompte und zum Teil begeisterte Zustimmung zu dem Vorschlag. Hierin drückt sich der heiße Wunsch aus, die kapitalistische Ordnung vor der gefährlich nahe drohenden Gefahr zu retten. Folglich ist der amerikanische Vorschlag nicht nur ein Lichtstrahl für Deutschland, sondern für die ganze kapitalistische Welt.

Wird er auch Gutes für die Arbeiterklasse bringen? Nicht mehr, als sie sich erkämpft. Der Urquell ihrer jetzigen großen Drangsal, die Arbeitslosigkeit, wird durch Hoovers Aktion nicht verstopft, die klaffenden Widersprüche des kapitalistischen Systems natürlich nicht ausgeglichen; selbst die deutsche Finanzmisere wird dadurch nur einen Augenblick gemildert. Die große Not der Arbeiterklasse bleibt nach wie vor bestehen.

Notverordnung geändert

Eine der härtesten Bestimmungen der Notverordnung war das Herausnehmen der Jugend bis zum 21. Jahr aus der Arbeitslosenversicherung. Fünf Jahrgänge waren dadurch glatt dem Hunger und Elend überantwortet. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sofort den Kampf aufgenommen, um die sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung abzuändern. Ihr ist jetzt ein sehr erfreulicher Erfolg beschieden. Nach Verhandlungen, die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der Regierung führten, ist folgendes Ergebnis erzielt worden:

Die jugendlichen Arbeiter bis zu 21 Jahren bleiben in der Arbeitslosenversicherung.

Bei Erwerbslosigkeit erhalten sie Unterstützungen in der Höhe der Sätze der Arbeitslosenversicherung.

Es wird lediglich die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, die nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge erfolgt und ohne Schärfe gehandhabt werden soll.

Damit ist die schlimmste Reaktion abgewehrt. Immerhin sind auch diese Einschränkungen, die durch die Bedürftigkeitsprüfung erfolgen, unangebracht. Unser Bestreben wird ferner sein, auch die letzte Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Alle Krisen, das liegt klar auf der Hand, entstehen, weil der Arbeitslohn, von dem die breiten Volksmassen leben, nicht ausreicht, um die hergestellten Waren zu kaufen. Er reicht deshalb nicht aus, weil ein Teil des Arbeitsertrages nicht den Arbeitern zufließt, sondern den Kapitalisten und Unternehmern. Je größer der Profit, desto kleiner der Arbeitslohn. Die wachsenden Profite sind es, die das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch immer mehr stören. Durch die Profite wächst das Kapital, denn ein Teil des Profits dient stets zur Vergrößerung des Kapitals. Je mehr aber das Kapital wächst, desto größer muß wieder der Profit sein, weil er einen bestimmten Hundertsatz des Kapitals ausmacht. So müssen mit der Zeit, gerade durch den Fortschritt der Produktion, die Krisen immer schwerer

Aus dem Inhalt

	Seite
Der Lichtstrahl aus Amerika — Notverordnung geändert — Verdienen wird groß geschrieben	209
Orenstein & Koppel ohne Dividende	210
Feuerschutz in Hochbauten und Warenhäusern	211
Zwei Menschen — Roman: Das Leben der Marie Szamejta	212
Wärmestauung u. Hitzschlag — Unfälle in der Metallindustrie	213
Unter erwerbslosen Metallarbeiterinnen — Schriftenschau	214
Die Wirtschaftspolitik des Wirtschaftsmotors — Die Kosten der Aufrüstung in Frankreich — Freiwilliger Arbeitsdienst	215
Ausschreibung des ADGB — Anzeigen	216

Orenstein & Koppel ohne Dividende

Von Julius Fries

Gothaer Waggonfabrik AG zurückzuführen, von denen Orenstein & Koppel jetzt annähernd 94 vH des Aktienkapitals besitzt. Im Bericht wird noch erläuternd hinzugefügt, daß nur eine dieser übernommenen Beteiligungen bar bezahlt werden brauchte, während der Gegenwert für die andere auf einige Jahre zu günstigen Bedingungen gestundet worden ist und in der jetzt vorgelegten Bilanz unter den Schulden enthalten ist. Außer den zahlreichen unter dem Namen Orenstein & Koppel geführten Tochtergesellschaften im In- und Auslande besteht eine Beteiligung, und zwar zu neun Zehntel, bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, Lübeck, die eine Maschinenfabrik und Schiffswerft betreibt, auch Bagger, Elevatoren usw. herstellt. Diese Gesellschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder 10 vH Dividende, während die beiden oben erwähnten neuen Beteiligungen, diesmal nur kleine Gewinnbeträge ausweisen werden, die zur Ausschüttung einer Dividende nicht ausreichen.

Die übrigen Zahlen der Bilanz zeigen gegenüber den Vorjahren ein ziemlich unverändertes Bild. Grundstücke, Gebäude und Maschinen stehen mit insgesamt 14,75 Millionen Mark zu Buch. Die Warenbestände, die trotz der Verschiedenartigkeit der Fabrikationsgebiete nicht gliedert sind, werden mit 10,2 statt 11,7 Mill. M im Vorjahre bewertet. Im Bericht wird hinzugefügt, daß die Bewertung mit der gebotenen Vorsicht erfolgt ist. Der Wertpapierbesitz verringerte sich durch Verkauf von Reichsschuldbuchforderungen von 1,2 auf 0,2 Mill. M.

Auf der Schuldenseite der Bilanz stehen die offenen Rückstellungen nach wie vor mit genau einem Zehntel des Aktienkapitals (Stamm- und Vorzugsaktien), also 3 648 000 M zu Buch. Die laufenden Schulden werden mit 7,8 Mill. M nur um ein geringes höher als im Vorjahre ausgewiesen. Darunter ist, wie im Bericht hinzugefügt wird, die oben erwähnte Kaufpreisschuld enthalten, weiter aber auch die schon im vorigen Jahre unter diesem Posten in Reserve gestellten 2,14 Mill. M Reichsschuldbuchforderungen und 1,4 Mill. M weitere amerikanische Freigabebeträge, Posten, die sämtlich von Rechts wegen auf die andere Seite der Bilanz unter die Vermögenswerte gehörten. Auch die Anzahlungen der Kundschaft sind darunter enthalten, deren Höhe aber nicht angegeben. Die wirklichen Lieferanten-schulden betragen demnach noch nicht einmal 4 Mill. M. Zieht man in Betracht, daß Bankguthaben und Kundenwechsel zusammen allein 6,8 Mill. M, die Außenstände und Forderungen an Tochtergesellschaften zusammen 11,5 Mill. M ausmachen, so wird ersichtlich, daß wir es hier mit einer ungewöhnlich flüssigen Bilanz zu tun haben, da die Außenstände zusammengerechnet fast die fünffache Höhe der Schulden erreichen und die sofort verfügbaren Mittel (Kasse und Bankguthaben) allein schon zur Deckung der laufenden Schulden ausreichen. Auch das Verhältnis des Aktienkapitals zu den Anlagewerten ist nach wie vor günstig zu nennen, und zu betonen bleibt auch, daß nennenswerte langfristige Schulden überhaupt nicht vorhanden sind. Ein zwingender Grund zur Einstellung der Dividendenzahlung hat also keinesfalls vorgelegen, und die günstige Lage der Gesellschaft, die in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß während der Zeit der Geldentwertung von überstürzter Ausdehnung Abstand genommen wurde, ist auch im verflorbenen Krisenjahre erhalten geblieben.

Alles ist schon einmal dagewesen, auch daß die Orenstein & Koppel AG, ein wegen seiner vorsichtigen Finanzpolitik bekanntes Unternehmen, keine Dividende gezahlt hat. Nachdem in der Zeit der Geldentwertung die Dividende auf 175 vH gestiegen war, blieben die Jahre 1923, 1924 und 1925 ohne Ausschüttung für die Aktionäre. 1926 gab es 4 vH, ein Jahr später 5 vH, und für die Jahre 1928 und 1929 je 6 vH. Für das Geschäftsjahr 1930, für das jetzt der Abschluß vorgelegt wird, unterbleibt die Ausschüttung einer Dividende, und zwar, wie ein Blick in das Zahlenwerk lehrt, einzig und allein aus dem Grunde, weil eine solche Demonstration im Zuge der Zeit liegt, weil sich damit so vortrefflich die scharfmacherische Lohnbaupolitik begründen läßt. Vergleichsweise sei erwähnt, daß Orenstein & Koppel 1913 bei einem Aktienkapital von 45 Mill. M 12 vH Dividende verteilt hat. Seit der Umstellung auf Goldmark arbeitet die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 36 Mill. M. Durch den unglücklichen Kriegsausgang gingen der Gesellschaft eine Reihe ausländischer Fabriken und Handelsniederlassungen verloren, doch ist heute bereits in weitem Umfange der Wiederaufbau des ausländischen Apparates erfolgt. Eigene Fabriken werden von der Gesellschaft in Dorstfeld i. W., Spandau, Bochum, DREWITZ, Schmiedefeld bei Breslau und in Nordhausen betrieben.

Während vor zwei Jahren der als einziger Posten auf der Einnahmeseite der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Rohgewinn 7,7 Mill. M betragen hat, weil darin 3,3 Mill. M aus der Entschädigung für den beschlagnahmten amerikanischen Besitz enthalten waren, betrug im Vorjahre dieser Rohgewinn 4,46 Mill. M, um diesmal auf 2,14 Mill. M zusammenschmelzen. Der Umsatz einschließlich der Tochtergesellschaften hat 1928 rund 82 Mill. M betragen, stieg 1929 auf rund 95 Mill. M und wird diesmal mit rund 86 Mill. M von der Verwaltung angegeben. Jedenfalls beträgt der Umsatzrückgang, wie auch die Verwaltung im Geschäftsbericht hervorhebt, nur knapp ein Zehntel gegenüber dem Vorjahre, der Rohgewinn aber wird um die Hälfte geringer als das letzte Mal ausgewiesen, ein Beweis dafür, daß diesmal in verstärktem Umfange vor Ausweis dieses einzigen Einnahmepostens stille Rückstellungen erfolgt sind. Der Anteil des Auslandsabsatzes am Gesamtumsatz ist in ständigem Steigen begriffen, er betrug diesmal 60 vH des Gesamtumsatzes. Die Verwaltung versucht in ihrem Bericht darzulegen, daß nur, um die Werke zu beschäftigen, Auslandsaufträge vielfach zu sehr gedrückten Preisen hereingenommen wurden. Über die Zahl der Beschäftigten, die vor dem Kriege über 15 000, vor zwei Jahren rund 8500 betrug, werden im Geschäftsbericht leider keine Angaben gemacht.

Trotzdem der Geschäftsbericht an verschiedenen Stellen wiederholt von der „ungünstigen Entwicklung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse“ spricht, bringen Bericht und Zahlenwerk Beweis über Beweis, daß es um die tatsächliche Widerstandsfähigkeit des Unternehmens gegenüber den Auswirkungen der Krise durchaus nicht schlecht bestellt ist. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahre ihren Besitz an Beteiligungen erheblich erweitert. Während in den letzten vier Jahren die gesamten Beteiligungen mit rund 5,6 Mill. M alljährlich zu Buche standen, werden die Beteiligungen diesmal mit 8,6 Mill. M ausgewiesen. Die Erhöhung ist auf den Erwerb der Aktienmehrheit der Dessauer Waggonfabrik AG und der

wohnern 29,20, in den Städten von 100 000 bis 500 000 Einwohnern 27,38, in den Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern 25,74, in den Städten unter 10 000 Einwohnern 11,64 und in den ländlichen Fürsorgeverbänden sogar nur 9,35 Wohlfahrtserwerbslose. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf 1000 Einwohner 17,18 Wohlfahrtserwerbslose Ende April gegen 16,00 Ende Februar 1931. Die Entwicklung der Zahlen in den verschiedenen Provinzen und Ländern ist unterschiedlich. In den ländlichen Bezirken ist in den letzten Monaten, wahrscheinlich durch die Frühjahrseinstellung der Landwirtschaft, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zurückgegangen, während alle übrigen Bezirke des Reichs eine mehr oder minder starke Zunahme verspürten. Was die berufliche Gliederung anlangt, so haben Ende Februar bis Ende April 1931 die Metallarbeiter (von 108 000 auf über 150 000), die Industrie der Steine und Erden und die Spinnstoffgewerbe eine besonders starke Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen aufzuweisen.

Kaufkraftausfall durch Notverordnung

Nun ist Holland in Not! Der deutsche Einzelhandel treibt von jeher ein Doppelspiel, das ihm nunmehr zum Verhängnis zu werden droht. Der Einzelhandel geht mit den industriellen Scharfmachern Hand in Hand, wenn es gilt, die Löhne und die Sozialpolitik rückwärts zu treiben. Ist es dann so weit, dann schreit er, daß durch die zusammengeschrumpfte Kaufkraft der Einzelhandel der Hauptleidtragende ist. Die Fachzeitschriften des Einzelhandels der letzten Monate spiegeln diese Zwitterstellung immer deutlicher wider. Auf der ersten Seite wurden die Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik in Grund und Boden verdammt, und auf der Rückseite standen die Klageblätter des Einzelhandels über den zurückgegangenen Umsatz infolge der mangelnden Kaufkraft. Der Einzelhandel, vor allem der Textileinzelhandel, erntet jetzt, was er mit gesät hat. In der Deutschen Konfektion vom 19. Juni 1931 errechnet der Syndikat des Reichsverbandes für Knaben- und Mädchenkleidung, Otto Kitzinger, einen Kaufkraftausfall infolge der Notverordnung von mindestens 10 bis 12 Milliarden Mark für die Zeit vom Juli 1931 bis 1. April 1932. Der Einzelhandel hat gar kein Recht sich über diesen Kaufkraftausfall, der ihn am härtesten trifft, zu beklagen. Er ist durch sein Nachlaufen hinter der Schwerindustrie genau so schuldig wie diese.

Gesamtwirtschaftlicher Wohnungsbau in Berlin

Die freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsbau-gesellschaft Berlins, die „Gehag“, hat im Jahre 1930 rund 400 Gehag-Wohnungen, darunter die Wohnstadt Carl Legien mit 1145 Wohnungen und der AFA-Hof in Treptow mit 862 Wohnungen erbaut. In den 6½ Jahren ihres Bestehens hat die Gehag, deren Aktienkapital von 1 Million Mark sich zum größten Teil in den Händen der freien Gewerkschaften befindet, insgesamt 8500 Wohnungen, davon 2450 als Einfamilienhäuser errichtet.

Die Fertigungsindustrie für Zollabbau

Das Leipziger Meßamt hat in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung an viele Firmen, die auf der Frühjahrsmesse ausgestellt hatten, eine wichtige Frage gerichtet. Die Antworten hierauf sind sehr lehrreich. Es wurde gefragt: „Würden Sie in einem etwaigen Wegfall der Zölle aller europäischen Länder (einschließlich Deutschland) einen Schaden oder Nutzen für Ihr Geschäft sehen?“ Das Ergebnis dieser Rundfrage war überraschend. Genau 95 vH aller Firmen sprachen sich für die Beseitigung der kontinentalen Zollmauer, mithin für eine europäische Zollunion, aus. Innerhalb der Produktionsgüterindustrie (Maschinen, Eisenwaren, Elektrotechnik, Bau- und Hüttenbedarf, Verpackung und Reklame) stimmten sogar 97 vH von 1772 befragten Firmen für einen Abbau der Zölle. Ein gleiches Ergebnis wurde bei den Herstellern von Luxus- und Kulturbedarf erzielt. Unter den Herstellern von Musikinstrumenten, Leder- und Schmuckwaren sowie Süßwaren stimmte keine einzige Firma für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsystems. Es klang allgemein der Gedanke durch, daß Deutschland auf die Dauer nichts zu fürchten hat, wenn die Zollmauern abgetragen werden und die natürliche Arbeitsteilung unter den Industrieländern Europas wieder hergestellt wird. Die Erhebung des Leipziger Meßamts sollte bei Zölkämpfern beachtet werden. Sonderbar sind aber die Kundgebungen der Industrieverbände, die fortgesetzt nach Zollschutz schreien, obgleich feststeht, daß die Zollmauern den Mitgliedsfirmen nur Schaden bringen.

Die Wohlfahrtserwerbslosen April 1931

Im Gegensatz zur Entwicklung der Arbeitslosen- und vor allem im Gegensatz zur Entwicklung der Hauptunterstützungsempfänger, hat in den letzten Monaten die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen noch ständig zugenommen. Während beispielsweise die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sich von 2,55 Millionen am 31. Januar 1931 auf 1,88 Millionen am 30. April 1931 verminderte, stieg die Zahl der bei den Arbeitsämtern gezählten Wohlfahrtserwerbslosen im selben Zeitraum von 846 000 auf 988 000 (Wirtschaft und Statistik, I. Juniheft). Auch in der Krisenunterstützung ging die Zahl der Unterstützten um etwa 21 000 Personen zurück.

Den größten Teil der Wohlfahrtserwerbslosen machen die Ausgesteuerten aus, die von 670 000 am 31. Januar auf 760 000 am 30. April anwachsen. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die zwar früher in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden, aber noch keine Anwartschaft erreicht hatten, betrug am 30. April 1931 rund 192 000. Verhältnismäßig finden sich die meisten Wohlfahrtserwerbslosen in den Großstädten, vor allem in Berlin, während bei den mittleren und Kleinstädten und auf dem flachen Lande ihr Anteil sich stark verringert. So kommen in Berlin auf 1000 Einwohner 37,61 Wohlfahrtserwerbslose, in den Städten mit mehr als 500 000 Ein-

und auch immer länger werden, und man darf den Satz aufstellen: Je größer die Profite, desto größer die Krisengefahr.

Wie stets denn nun jetzt mit den Profiten? Ein sprechendes Beispiel haben die Leser der Metallarbeiter-Zeitung in Nr. 26 erhalten durch jene Aufstellung über Kabelspinnmaschinen, die 50 000 M einbrachten, wovon über 32 000 M Profit waren. In drei Monaten! Dabei stecken in jener Rechnung noch größere Profite. Ganz davon abgesehen, daß in den Summen für Material, für Licht, Kraft, Werkzeuge usw. Profite der Lieferanten enthalten sind, so sind auch die 3000 M, die der Unternehmer sich für die Kapitalanlage berechnet, reiner Profit (sofern sie die Verzinsung des Anlagekapitals darstellen; anders, wenn sie Ersatz für wirkliche Abnutzung sein sollen). Ferner fällt das Mußverhältnis zwischen Löhnen und Gehältern auf. Neben 1500 M Arbeitslöhnen stehen nicht weniger als 4400 M für technisches und kaufmännisches Personal. Da sind doch sicher allerlei Bezüge für General- und andere Direktoren mitgerechnet, die in Wahrheit nicht Arbeitslohn, sondern Profit sind. Und sollte sich nicht in den 2000 M „sonstige Unkosten“ auch noch mancherlei verstecken? Sicherlich ist es mäßig, wenn wir aus diesen Gründen die 18 000 M, die der Unternehmer dieses Betriebes aus dem Geschäft zieht, auf 20 000 M erhöhen. Das wären dann 40 vH Profit in drei Monaten. 160 vH in einem Jahr! So groß wird das Wort Verdienen in der kapitalistischen Welt geschrieben.

Einen anderen Fall berichtete am 21. Juni das Berliner Tageblatt. Bei den Roggenstützungsgeschäften im vorigen Jahr wurde einmal im September ein Posten Roggen zur Lieferung im November verkauft. Der Käufer nahm den Roggen gar nicht ab, ließ ihn liegen, wo er war, und verkaufte ihn an den Verkäufer — die staatliche Stützungsstelle — zurück zur Lieferung im Dezember. Dafür bekam er, weil die Dezemberpreise höher waren, 180 000 (hundertachtzigtausend) Mark herausbezahlt. Leider ist nicht mitgeteilt, um welche Gesamtsummen es sich handelte. So können wir den Hundertsatz des Gewinns nicht ausrechnen. Aber es genügt, daß ein Kapitalist durch einen bloßen Scheinkauf, ohne den Finger zu rühren, ohne die Ware abzunehmen oder gar forttransportieren zu lassen, 180 000 M in die Tasche stecken kann. Und das war noch nicht einmal alles. Obgleich von November bis Dezember der Roggen, der unentwegt auf den Speichern der Stützungsstelle lagerte, dem Käufer gehörte, brauchte er kein Lagergeld zu zahlen. Auch keine Zinsen für die Summe, die er bis zur Erledigung schuldig war. Das alles brachte ihm noch einmal einen Gewinn von rund 120 000 M. Man könnte fragen, warum denn die Stützungsstelle ein scheinbar so blödsinniges Geschäft gemacht hat, wobei weiter nichts als ein Verlust von 300 000 M für sie herausrang. Sie tat es, weil sie für den „verkauften“ Roggen ein um 800 000 M höheres Darlehen von den Banken bekam. Aber darauf kommt es für das, was wir zeigen wollen, nicht an. Auch nicht auf die Beurteilung einer Geschäftsführung, die für 800 000 M Kredit 300 000 M Kosten bezahlt. Sondern einzig und allein auf die Tatsache, daß in unserer wunderbaren Wirtschaftsordnung ein Kapitalist, ohne den Finger krumm zu machen, in drei Monaten 300 000 M „verdienen“ kann.

Diese ungeheuren Summen werden letzten Endes alle ans dem Arbeitslohn genommen. Um so viel, wie diese und andere Kapitalisten einstecken, um ebensoviel ist der Arbeitslohn kleiner. Da ist es denn kein Wunder, daß die breiten Massen nicht kaufen können und daß die Krise immer schlimmer wird und immer länger dauert. Ibykus.

Erzeuger- und Verbraucherpreise

Die Forschungsstelle für den Handel, Berlin, veröffentlicht eine lehrreiche Schrift über die Handelsspanne. Prof. Julius Hirsch weist in dieser Schrift nach, daß bei großen Schwankungen die Handelsspanne bei Lebensmitteln im Einzelhandel von 20 vH, im Großhandel von etwa 10 bis 12 vH beträgt. Bei Bekleidung beträgt die Handelsspanne etwa 25 bis 40 vH im Einzelhandel und 14 bis 17 vH im Großhandel. Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich die Kosten der Handelsbetriebe meist erheblich erhöht. Es wird eine Übereinstimmung der Handelsspanne mit den durchschnittlichen Kosten der Handelsbetriebe festgestellt. Die gesamte Handelsspanne wird für den deutschen Einzelhandel bei einem Umsatz von etwa 35 Milliarden auf 8 bis 9 Milliarden, für den Großhandel bei einem Umsatz von 50 Milliarden auf etwa 3½ Milliarden geschätzt. Die Handelsspanne beträgt beispielsweise bei gutem Kaffee 33 vH vom Endverkaufspreis, bei Butter etwa 17,5 vH, bei Kartoffeln 49 vH des Erzeugerpreises usw. Bei den Markenartikeln ergeben sich folgende Handelsspannen: Mehl 10 bis 13, Raffinade 13, Seife 20, Markenschuhe 18 bis 30, Rasierklingen 26 bis 43, kosmetische Artikel 33 bis 50 und bei technischen Artikeln 33 bis 40 vH. Das sind Handelsspannen, die teilweise weit über das erträgliche Maß hinausgehen. Überraschend ist die Übereinstimmung der Handelsspanne und Handelskosten in den verschiedenen Ländern. Bei Kolonialwaren schwankt die Handelsspanne im Einzelhandel in Deutschland, England, der Schweiz, Ungarn, Frankreich und den Vereinigten Staaten durchschnittlich zwischen 16 und 18 vH vom Verkaufspreis. Nach Ansicht von J. v. Hirsch lassen sich starke Kostenersparungen in allen Handelsbetrieben durch Vermeidung des Leerlaufes erzielen. So unter anderem durch planmäßige Verteilung der Lohn- und sonstigen Zahlungstermine, Vermeidung der hohen Kosten der Konkurrenz usw. Durch Gemeinschaftsarbeit zwischen Handel, Industrie, Landwirtschaft und Verbrauchern sind Kostenersparungen durch Verringerung der Lagerhaltung möglich. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Handelsspannen teilweise sehr wesentlich gestiegen. Bei Salz zum Beispiel im Durchschnitt von 8 auf 55 vH, bei lebenden Fischen von 15 auf 27 vH, bei Obst und Gemüse von 20 bis 36 auf 20 bis 40 vH, bei Kartoffeln von 17 auf 29 vH usw. Nach unserer Meinung müßte es möglich sein, die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem letzten Verbraucherpreis zu senken. Eine Erhöhung des Reallohnes wäre auf diese Weise bestimmt möglich.

Höhe Direktorengehälter

Bei der Metallwarenfirma Schweitzer & Oppler, Berlin, erhalten zwei Direktoren und der erste Prokurist monatlich 21 000 M, sieben weitere Prokuristen monatlich 18 000 M, während das Einkommen von 100 Angestellten nur 15 000 bis 16 000 M beträgt. Ist es da ein Wunder, daß die Unternehmensgenossen angesichts dieser hohen Gehälter zusammenzucken? Die Selbstkosten müssen gesenkt werden. Das obige Beispiel zeigt, daß man aber erst einmal richtig rechnen muß.



Technik und Werkstatt



Feuerschutz in Hochbauten und Warenhäusern

Von Ernst Trebesius

Wird ein Hochbau in der Stahlskelett-Bauweise errichtet, so muß das Stahlwerk durch entsprechende Verkleidung gegen Feuer geschützt werden, wie es auch die Amerikaner bei ihren höchsten Wolkenkratzern bis zum obersten Stockwerk zu tun pflegen. Wenn auch die zur Verwendung kommenden Baustoffe, Eisenbeton oder Stahlskelett, dem Feuer keine Nahrung bieten, so birgt ein großes Bürohaus in den Möbeln, Teppichen, Akten, Papiervorräten, Drucksachen usw. eine große Ansammlung brennbarer Ausrüstungsgegenstände, die einem ausgebrochenen Feuer reichlich Nahrung geben können. Ist die Verwendung von unbrennbaren Baustoffen im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit, so ist der nicht so ganz selbstverständlich erscheinenden Gesamtordnung des Hochbaues ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Vor allem sind es die bereits erwähnten Rückzugswegen für die in dem Hochhaus beschäftigten Personen und die Angriffswege für die Feuerwehr, denen schon bei der Projektierung eines Hochhauses besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Der äußere Zugang der Feuerwehr zur Brandstelle findet seine Grenze in der Höhe der vorhandenen Leitern. Den oberen Geschossen eines 40 bis 50 m hohen Hochhauses ist auf diesem Wege also nicht beizukommen, ebensowenig wie die Leitern zur Rettung etwaiger vom Feuer eingeschlossener Personen aus den oberen Geschossen verwendet werden können. Es müssen also von Fall zu Fall gesonderte Innentreppe oder balkonartige Abtreppungen der einzelnen Stockwerke, eiserne Steigleitern oder Nottreppen vorgesehen werden. Natürlich ist auch die feuersichere Abtrennung der Fahrstuhlschächte von großer Bedeutung für das schnelle Verlassen eines brennenden Hochhauses.

Da ein ausgebrochenes Feuer um so leichter und schneller bekämpft werden kann, je früher man seinen Ausbruch entdeckt, so ist der schnellen Übermittlung der Feuermeldung besonderes Augenmerk zuzuwenden. Lagerräume usw., die nur hin und wieder von Menschen betreten werden, in denen sich also ein Feuer eine ganze Zeit lang unentdeckt entfalten könnte, werden deshalb am zweckmäßigsten mit selbsttätigen Feuermeldern ausgerüstet.

Die Grundidee der selbsttätigen Feuermelder basiert auf der bei jedem Brande auftretenden Temperatursteigerung, die zur Betätigung der elektrischen Alarmierung benutzt wird. Ein U-förmig gebogener Blechstreifen, der aus zwei verschiedenen, miteinander verschweißten Metallen besteht, läßt sich z. B. in einfachster Weise zur Betätigung der Alarmvorrichtung verwenden. Sobald nämlich eine gewisse Temperatursteigerung auf den Blechstreifen einwirkt, biegt er sich infolge der ungleichen Ausdehnung der beiden Metalle auf. Der U-förmige Bügel ist mit einem Schenkel an einem Isolierkörper befestigt, während der zweite Schenkel frei beweglich mit einem Platinkontakt gegen einen verstellbaren zweiten Kontakt ruht. Der zweite Kontakt wird durch einen Exzenter, das mit einer Skala verbunden ist, verstellt. An Hand der Skala läßt sich die Temperatur, auf die der Melder ansprechen soll, einstellen. In den Grenzen von 40 bis 90 Grad läßt sich die Einstellung in Stufen von 5 zu 5 Grad regulieren. Für besondere Fälle, wo normalerweise hohe Temperaturen herrschen, werden die Feuermelder für höhere Wärmegrade gebaut. Derartige Melder reagieren mit einer Sicherheit von 1 bis 2 Grad über oder unter der eingestellten Temperatur. Räume, in denen im Sommer und Winter sehr verschiedene Temperaturen herrschen, welcher Fall z. B. im Dachraum eines Hauses vorliegt, müssen durch besondere Melder geschützt werden, da eine jeweilige Neueinstellung des Maximalmelders entsprechend den Jahreszeiten nicht angängig ist. In solchen Fällen findet deshalb ein sogenannter „Differentialmelder“ Verwendung. Er besteht im wesentlichen aus einem U-förmig gebogenen, luftleeren Glasrohr, das etwa zur Hälfte mit Quecksilber gefüllt ist, während sich über dem Quecksilber eine leichte verdampfte Flüssigkeit befindet. In die Glasschenkel sind Platindrähte eingeschmolzen, an deren Ösen die Zuführungsleitungen angelötet sind. Die beiden Schenkel der Glasröhre haben verschieden starke Wandungen. Bei schnellen Temperatursteigerungen dringt die höhere Temperatur schneller durch den Schenkel mit den dünnen Wandungen. Dessen Flüssigkeit kommt deshalb Stromkreis unterbrochen wird. Der an sich sehr empfindlichen Platindrähte sinkt, wodurch der Ruhe-Quecksilberspiegel aus, so daß dieser unter die einschneidende Verdampfung und übt einen Druck auf den feindliche Differentialmelder könnte nun gleichwohl in einem solchen Falle versagen, wo ein ausgebrochenes Feuer sich ganz langsam entwickelt und mithin auch die Wärmeentwicklung eine allmähliche ist. Es empfiehlt sich deshalb, stets eine Kombination des Maximal- und des Differentialmelders zu verwenden.

Als weiterer selbsttätiger Feuermelder, der gegenüber den beiden angeführten Gattungen noch den Vorzug größerer Billigkeit hat, ist der Schmelzlotmelder zu erwähnen. Mit einem Lot, das bereits bei 75 Grad schmilzt, werden zwei federnde Blechstreifen zusammengebracht. Die Schmelzstelle wird von wärmeleitenden Körpern möglichst weit entfernt gelegt, so daß schon eine kurze Hitzewelle genügt, sie zu öffnen. — Wenn der Druck der städtischen Wasserleitungen nicht ausreicht, um das Löschwasser bis zum Dachgeschoß zu fördern, so muß man im Keller Hochdruckfeuerlöschpumpen aufstellen, die dem Leitungswasser den nötigen Druck erteilen.

Die riesigen Mengen brennbarer Waren, die jederzeit in den Warenhäusern aufgestapelt liegen, vor allem aber die Käuferscharen, die sich an großen Verkaufstagen in den Warenhäusern befinden, machen für derartige Bauten ganz besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich. In neuerer Zeit geht man immer mehr dazu über, alle Räume der Warenhäuser mit Sprinkleranlagen auszurüsten.

Eine solche Anlage wäre noch nicht vollkommen, wenn sie den Ausbruch eines Feuers nicht gleichzeitig auch den Menschen anzeigt. Dies ist aber unbedingt nötig, da die Brausen nach Löschung des Brandes sofort wieder abgestellt werden müssen, soll nicht unnötiger Wasserschaden auftreten, oder damit der Mensch mit weiteren Löschmitteln in Tätigkeit treten kann, wenn sich die Sprinkleranlage dem Feuer gegenüber zu schwach erweist. Die Einrichtung ist deshalb so getroffen, daß beim Öffnen auch nur einer einzigen Brause sofort eine in die Anlage eingebaute selbsttätige Feuermeldeanlage in Tätigkeit tritt. Dies bewirkt ein in die Hauptleitung eingebautes Alarmventil, das Druckwasser nach einem kleinen Wassermotor gelangen läßt. Auf der Achse dieses Motors befindet sich ein Klöppelwerk, das gegen eine Glocke schlägt und damit einen ununterbrochenen Alarm schlägt. Außer einer Sprinkleranlage sind in Warenhäusern natürlich eine genügende Anzahl von Handfeuerlöschern an leicht zugänglichen Stellen aufzuhängen, da diese bei ausbrechenden Bränden, sofort zum Angriff eingesetzt, das idealste Kampfmittel gegen ein erst im Entstehen begriffenes Feuer darstellen. Zu großer Bedeutung dürften die neuartigen Rauchmelder im Warenhaus gelangen. Da schwellendes Brandgut immer mit Rauchentwicklung verbunden ist, die Raumtemperatur jedoch in manchen Fällen erst nach verhältnismäßig längerer Zeit eine solche Erhöhung erfährt, um die Temperaturmelder auszulösen, so wird der Rauchmelder einen beginnenden Brand noch früher melden als die Temperaturmelder. Die Rauchmelder basieren auf der Ausnutzung des sogenannten Tyndall-Effektes. Die von einer Lichtquelle beleuchteten Rauchtellen werfen das Licht auf eine lichtempfindliche Zelle, die die Lichtschwingungen in elektrische Schwingungen umwandelt. Diese werden nach entsprechender Verstärkung in einem Signalgeber als akustische Schwingungen hörbar und wirken somit als Alarmsignal. Durch derartige Melder können ausbrechende Feuer also schon im allerersten Entwicklungsstadium bemerkt, und ihre Bekämpfung deshalb um so schneller und wirksamer in Angriff genommen werden.

Maschine zur Herstellung von Messingspritzguß

ATK. Nachdem der Aluminiumspritzguß sich auf zahlreichen Gebieten sehr rasch eingeführt hat, ging man vor einiger Zeit dazu über, auf ähnliche Weise auch Messingspritzguß herzustellen. Leider waren die ersten Versuche in dieser Richtung nicht sehr befriedigend, da man einfach die zur Herstellung des Aluminiumspritzgusses benutzten Maschinen auch für Messing heranzuziehen versuchte, ohne zu berücksichtigen, daß schon wegen des um etwa 200 bis 300 Grad höher liegenden Schmelzpunktes diese Maschinen für Messing nicht geeignet sind. Eine ganze Reihe von Jahren wurde nun daran gearbeitet, die Aluminiumspritzgußmaschinen auch für Messingspritzguß geeignet zu machen. Wenn es auch nach und nach gelungen ist, Maschinen zu schaffen, die den hohen Temperaturen gewachsen waren, so blieben doch die mit ihnen zu erzielenden Erfolge recht unbefriedigend, so daß man schließlich die Notwendigkeit erkannte, zur Herstellung eines einwandfreien Messingspritzgusses ein völlig neues System zu entwickeln. Der Wunsch, die Schmelztemperatur so weit wie möglich zu senken sowie das geringe Erstarrungsintervall des Messings für den zu der Entwicklung einer dösenlosen Kolbenmaschine und zu der völligen Trennung von Schmelz- und Spritzgußprozessen.

Die neue Messingspritzgußmaschine besteht aus einem Fuß, der die Aufspannplatte mit Spannschlitten und vier Säulen trägt, welche letztere an ihrem oberen Ende mittels eines Querschnittes den in der Höhe verstellbaren Preßzylinder aufnehmen und gleichzeitig dem am Preßkolben befestigten Preßbar als Führung dienen. Unter der Aufspannplatte befindet sich ein Preßluftzylinder mit Kolben, an dessen Kolbenstange der eigentliche Spritzkolben angebracht ist. Das Formoberteil wird mit Hilfe zweier verstellbarer Brücken am Preßbar, das Formunterteil auf der Aufspannplatte befestigt. Das Öffnen und Schließen der Form erfolgt mittels einer hydraulischen Pumpe. In der Nähe der Spritzgußmaschine findet ein ölgefeuerter Verschmelzofen mit Hochdruckgebläse Aufstellung. Ein besonderer Vorteil der Maschine besteht noch in ihren hydraulisch betätigten Kernziehzylindern; durch Anwendung dieser Vorrichtung werden die Kerne sogleich nach dem Spritzvorgang gezogen, was zu einer wesentlichen Erhöhung des Fertigungstempos beiträgt.

Was ist ein Aerobus?

Die Deutsche Luft-Hansa richtete am 1. Juni zunächst für die Dauer von drei Monaten zwischen Köln und Frankfurt a. M. einen Aerobusdienst ein, der fünfmal täglich in jeder Richtung betrieben wird. Hinzu kommen täglich Flüge als Etappen anderer Fernflugstrecken, so daß dann täglich siebenmal eine Flugmöglichkeit zwischen Köln und Frankfurt bestehen wird. Die Flugzeit beträgt für die 150 Kilometer lange Entfernung nur eine Stunde, gegen 4 Stunden Eisenbahnfahrzeit. Der Flugpreis kostet 23 M und liegt nur wenig über dem Eisenbahntarif 2. Klasse. Hin und zurück kostet der Flug nur 40 M. Mit der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt-Gesellschaft wurden Verabredungen getroffen, daß der Reisende nach Wunsch für die Hin- oder Rückfahrt ein Rheinschiff mit der gleichen Karte benutzen kann. Wir bedauern nur, daß es den Arbeitern infolge ihrer schlechten Wirtschaftslage unmöglich ist, derartige Reisevergünstigungen zu genießen.

Heißgelaufene Lager und ihre Behandlung

(Nachdruck verboten.)

Störungen in den Lagern erkennt man in erster Linie durch ein plötzliches Ansteigen der Lagertemperatur. Die Ursachen der Störungen und der Erhitzung können nun allerdings recht verschiedene sein, und es sei im nachfolgenden kurz gezeigt, wo die Veranlassung zu Lagerdefekten gesucht werden muß.

Sehr häufig werden heißgelaufene Lager auf die Verwendung eines ungeeigneten Öles zurückzuführen sein. Verwendet man zum Beispiel an Stelle eines Maschinenöles ein Spindelöl, so wird ganz zweifellos ein Heißlaufen auftreten, weil eben das Öl zu dünnflüssig ist, um eine ausreichende Schmierung zu gewährleisten. Ebenso kann ein schlecht filtriertes Öl oder ein ungerinigtes Ablauföl an Stelle eines frischen Öles zu erheblichen Lagerstörungen Veranlassung geben. Es sind auch schon Fälle vorgekommen, wo Leinöl, Mohnöl und dergleichen in Ermangelung von Schmieröl oder durch Verwechslung benutzt worden sind; es muß hier unter allen Umständen ein Heißlaufen der Lager auftreten, denn diesen Ölen kommt eine Schmierwirkung nicht zu. Fehler in der Ölzufuhr führen naturgemäß stets zu Lagererhitzungen, weshalb man die Ölzufuhrorgane stets zu überwachen hat.

In Fabrikationsbetrieben kommt es manchmal vor, daß man das Schmieröl nicht der Geschwindigkeit der Maschinen anpaßt. Wird zum Beispiel der Gang der Maschinen beschleunigt, um die Produktion zu steigern, so muß auch ein Öl von höherem Schmierwert Verwendung finden; wo dies nicht berücksichtigt wird, sind Lagerstörungen unausbleiblich. Auch übermäßige Belastung der Maschinen kann zu Lagerstörungen führen. Die Lager vermögen der erhöhten Beanspruchung nicht standzuhalten, das Öl wird durch das Warmlaufen dünnflüssiger, die Ölschicht zerreißt und die Schmierwirkung hört auf. Überlastungen können auch zu Durchbiegungen der Wellen führen; die hierbei entstehenden Kantenpressungen verursachen dann eine äußerst schnelle Zerstörung des Lagers. Eine ähnliche Wirkung haben zu kurze Treibriemen im Gefolge.

Auch fehlerhaftes Lagermaterial veranlaßt Störungen. Zu weiches Lagermetall gibt dem Lagerdruck leicht nach und fließt langsam aus dem Lager. Die Lagerfläche verändert sich beständig, die Schmierfläche ist unzureichend und das Lager muß heißlaufen. Zu hartes Lagermetall verursacht ungleichmäßige Lagerdrücke, die Folge davon ist ebenfalls ein Heißlaufen. Vielfach bildet auch eine zu strenge Passung den Grund zum Heißlaufen eines Lagers; das Öl hat im Lagerspielraum nicht genügend Platz, um sich ausbreiten und eine zusammenhängende Schicht bilden zu können. Die Wir-

kung tritt ein, wenn der Lagerdeckel zu fest angezogen ist. Manchmal geht die Abnutzung der Lager so weit, daß die Kanten der Ölnuten scharf werden; sie wirken dann nicht als Ölverteiler, sondern eher als Abschaber. Man muß für eine gute Abrundung der Kanten besorgt sein und die Ölnuten immer wieder nachsehen. Wird ein Ölzufuhrrohr nicht bis in die Lagerschalen durchgeführt, so kann Öl zwischen Lagergehäuse und Lagerschale entweichen; dasselbe tritt bei gesprungenen Lagerschalen ein. Durch Ölangel stellt sich dann ein Heißlaufen ein. Ölangel kann sich auch unliebsam bemerkbar machen, wenn bei langen Lagern an zu wenig Stellen Öl zugeführt wird, oder wenn die Ölzufuhr nicht an Stellen geringsten Druckes erfolgt.

Bei neuen Lagerschalen tritt manchmal ein Heißlaufen ein, weil die Schalen nicht richtig eingepaßt sind. Die Schalen müssen eben eingeschabt und genau eingepaßt werden. Die Kanten der Schalen müssen gut abgerundet und alle Öllöcher und Verteilungsnuten richtig angebracht sein. Mängel in dieser Hinsicht werden stets ein Heißlaufen zur Folge haben.

Für die Behandlung von heißgelaufenen Lagern beachte man folgendes: Handelt es sich um heißgelaufene kleine Lager, so lassen sie sich leicht abkühlen; gewöhnlich genügt hierfür eine reichliche Ölzufuhr. Ist jedoch ein Lager derart heißgelaufen, daß es sich verzogen hat oder daß das Lagermetall schon teilweise ausgeflossen ist, so muß es auseinandergenommen und repariert werden. Bei großen Lagern liegen die Verhältnisse ungünstiger. Solche Lager können eine große Wärmemenge aufnehmen, bevor eine erhebliche Temperatursteigerung stattfindet. Dann aber dehnt sich der Zapfen aus und der Spielraum im Lager wird so gering, daß die Ölschicht und das Lager angegriffen werden. Läuft also ein großes Lager heiß, so muß man zuerst den Spielraum durch Lockern der Lagerschalen erweitern. Ist das Lager selbst noch nicht angegriffen, sondern nur sehr heiß, so hilft gewöhnlich die Zuführung einer überreichlichen Ölmenge. Hat sich das Lager dann allmählich abgekühlt, so nimmt man die übliche Schmierung wieder auf. Wenn das Lager dagegen schon angegriffen ist, so wird ein wenig Graphit, Bleiweiß oder dergleichen mit Zylinderöl vermischt, von Nutzen sein. Diese Mittel stellen Glättungsmittel dar. Zum Kühlen heißgelaufener Lager verwendet man auch manchmal Rizinusöl oder Rüböl; es ist jedoch hierbei darauf zu achten, daß sich diese Öle nicht mit dem Schmieröl mischen, weil sich dadurch Niederschläge bilden. Wasser zur Kühlung heißgelaufener Lager anzuwenden, empfiehlt sich deshalb nicht, weil durch die scharfe Abkühlung leicht innere Spannungen und Risse auftreten. Dipl.-Ing. Steger.



Familie und Heim



Zwei Menschen

Herr Alles und Herr Nötig arbeiten zusammen im gleichen Betrieb. Das ist aber zugleich auch alles, was sie miteinander gemeinsam haben. Ja, Herr Alles würde es für seine Person entrüstet ablehnen, aus dieser gemeinsamen Betriebszugehörigkeit weitere Gemeinschaften persönlicher Art mit Herrn Nötig aufkommen zu lassen. Obwohl Herr Alles eigentlich nur Angestellter bei der Firma ist und das gelegentlich auch gerne betont, weiß er doch aus der Tatsache, daß er einen besonderen Vertrag vereinbart und Prokura hat, seine gesellschaftlichen Konsequenzen zu ziehen.

Klar, Herr Nötig ist nur Arbeiter in diesem Betrieb. Er hatte ursprünglich gar keinen Beruf, ist als Hilfsarbeiter eingetreten, später an eine Spezialmaschine gekommen und hat sich allmählich zu einer Tätigkeit emporgearbeitet, die der Tarifvertrag als „angelernt“ bezeichnet und in der Entlohnung entsprechend rubriziert, das heißt, etwa in der Mitte zwischen gelernten und ungelerten Leuten.

Nicht als ob Herr Nötig in seinem Betrieb so einfach jeden Tag durch einen anderen Menschen zu ersetzen wäre. Nein, das kann er so wenig und so viel wie Herr Alles als Prokurist. Eine neue Kraft brauchte immerhin eine geraume Zeit, bis sie genügend eingearbeitet wäre; sicher auf dem Posten des Herrn Alles länger wie auf dem des Herrn Nötig. Tatsache ist jedenfalls: Herr Nötig ist ein Spezialist und der geschäftliche Ruf und Erfolg seiner Firma und der des Herrn Alles beruht auf den präzisen Leistungen dieser Spezialisten auf bestimmten Gebieten und an bestimmten Maschinen.

Herr Alles hat eine Vertrauensstellung. Er genießt bei seinen Chefs jenes Ansehen, das man einem gebildeten Menschen ohne weiteres schuldig ist. Niemand würde es jemals einfallen, Herrn Alles etwa zu kontrollieren, ob er früh morgens vielleicht fünf Minuten zu spät käme oder nachmittags entsprechend früher seinen Arbeitsplatz verlasse. Lächerlich die Zumutung, einen solchen Mann gar beim Verlassen seines Büros daraufhin untersuchen zu wollen, ob er seine Firma bestohlen hätte. Herr Alles — wo denken Sie hin?

Herr Nötig ist Arbeiter. Er unterzieht sich als solcher einer Kontrolle mit der Stechuhr früh morgens beim Betreten und desgleichen nachmittags beim Verlassen des Betriebes. Für jede fünf Minuten Verspätung bekommt er einen Lohnabzug und außerdem noch 10 Pfennig Strafe. Wie wäre es sonst möglich, die Arbeiter zur Ordnung zu erziehen? Außerdem ist Herr Nötig verpflichtet, am Fabrikausgang auf Verlangen eines Beamten der Firma seinen mitgeführten Behälter und eventuell seine Taschen auf möglicherweise gestohlene Gegenstände untersuchen zu lassen. Weigerung hat, nach der entsprechenden Bestimmung der Arbeitsordnung, unnachsichtlich Entlassung für Herrn Nötig zur Folge.

Herr Alles ist ein in jeder Beziehung zuverlässiger Mann. Er verläßt nie sein Büro und betritt andere Abteilungen außer aus rein geschäftlichen Gründen. Daß er bei seiner Arbeit das Beste und Letzte hergibt, versteht sich von selbst, niemand ist da, der es je wagte, das in Zweifel zu ziehen.

Herr Nötig arbeitet in Akkord. Es genügt dabei keineswegs, daß er seinem Chef sagen könnte, ich brauche für diese Arbeit soundsoviel Zeit. Da könnte ein jeder kommen. Die Firma hat hierfür ein nach „wissenschaftlichen“ Grundsätzen eingerichtetes Büro mit diversen Angestellten. Diese stellen an Hand der Stoppuhr genau fest, wieviel Arbeitszeit Herr Nötig und seine Kollegen für jeden einzelnen Arbeitsgang benötigen. Sie gehen dabei soweit in die Details, daß Herr Nötig kaum mehr freie Zeit bleibt, um ein Bedürfnis zu verrichten.

Sie wollen sagen, Herr Alles sei sicher ein gebildeter Mann und Herr Nötig nur ein unwissender Arbeiter? — Hm — Herr Alles ist tatsächlich ein sehr erfahrener und geschäftsgewandter Herr. Wenn er aus seinem Büro kommt, braucht er Erholung. Diese sucht und findet er in seiner Familie und einmal in der Woche in seinem Verein. Wenn er ein Theater besuchen will, vermeidet er aus Prinzip alle Zeitstücke, in denen Probleme erörtert werden. „Probleme habe ich im Geschäft den ganzen Tag, im Theater suche ich Zerstreuung“, pfeift er zu sagen.

Herr Nötig ist in seiner Freizeit ein eifriger Wanderer und Naturfreund. Er liest viel gute Bücher, die er sich von Bekannten und von der städtischen Bibliothek besorgt. Er besucht Vorträge und Versammlungen und ist überhaupt ein sehr geweckter Mensch. Ab und zu schreibt er kleine Skizzen, einmal hat er bei einem literarischen Preisausschreiben einen ersten Preis erhalten.

Herr Nötig verdient einen geringen Lohn; er hat eine Familie und kann sich nicht besonders elegant kleiden. Die Leute meinen, er sehe aus wie ein richtiger Prolet. Herr Alles ist es schließlich seiner Stellung schuldig, immer in tadelloser Kleidung daherzukommen. Ein feiner Herr! sagen seine Bekannten.

Herr Nötig ist sehr revolutionär gesonnen. Er ist mit den bestehenden Verhältnissen durchaus unzufrieden, möchte sie geändert wissen und nennt sich Sozialist. Herr Alles ist ein Feind jeder Politik. Er schimpft über die Anmaßung der unteren Kreise und bedauert, daß Leute in seiner Stellung zu wenig respektiert werden. Nach seiner Meinung sind nur die Republik und die Sozialdemokratie schuld an dieser allgemeinen Verwilderung der unteren Schichten.

Herr Alles glaubt, daß er und seinesgleichen für die Wirtschaft alles bedeuten. Herr Nötig und seine politischen Freunde dagegen sind durchaus überzeugt von ihrer eigenen Notwendigkeit im allgemeinen Produktionsprozeß. Sie wollen alles daransetzen, um sich selbst aus dem Nichts oder Wenig, das sie heute in Wirtschaft und Betrieb gelten, herauszuheben und Leuten vom Schlage des Herrn Alles einen Begriff beizubringen von der Bedeutung der Gleichberechtigung und Wertung aller arbeitenden Menschen. J. de Kort.

Schweizer Witz

Ein katholischer Geistlicher hatte Bedenken zur Trauung eines Protestanten mit einer Katholikin, bis schließlich der Bräutigam sagte: „Herr Pfarrer! Machid jetz graad wienn'r wend! Mer Zwää langid z'Obet em achti aa!“ — „Ond my, Herr Pfarrer,“ fuhr die Braut freudig zustimmend weiter, „my tüecht halt gad nütz Schönners off-de-ganze Wält, as zwee Glöbbe-n-önder ännner Teckil!“

Als im Sonderbundskrieg das Schießen begann, flüchtete sich ein Soldat hinter ein Haus. Der Offizier herrschte ihn an: „Vöre dol jo wolle!“ — „I taar willsgott nüd vöre, Herr Hoppme, i wöör z'wild!“

In einer Kirche trat unerwartet ein Geistlicher als Gastprediger auf, der einem der Zuhörer sehr zuwider war. Mit den Worten: „I mag der Chue nüd länger ablose“, verließ er die Kirche. Wegen Beschimpfung verklagt, sagte er: „I ha nüd dr Pfarrer gmännt, i ha minn Nocht'r gmännt, der afe erschreckeli gschmarchet häd, das-i-a nomme länger usghalte hätt.“

Zwei Bauern unterhielten sich über die herrliche Frühlingserwitterung. „Jo“, meinte der eine, „wenn de waarm Räge no e paar Tag asahet, so schlüüft alls gad e-so oss-m Bode-n-usil!“ — „Was sämst an“, seufzte der andere, „i ha jo zwää Wyber önder-m Bode!“

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XIII.

Sie geht schweigend an seiner Seite. Er spricht fast ununterbrochen. Belanglosigkeiten. Jetzt erst merkt Marie, daß er sich in ihren Arm eingeklinkt hat. An seinem plötzlichen Druck, der nichts mit seinem Reden zu tun hat, Marie will sich wehren. Zwecklos. Er klammert sie fest ein. Marie löst ihre Muskeln. Sie läßt ihn den Arm. Gleichgültig. Nimmt es nicht wichtig.

Doch das wird anders. Plötzlich spürt Marie seine Hand. Die ist blutwarm und lebendig. Drückt sich auf ihre Hand, die kühl und leblos ist. Und seltsam! Marie spürt ja, wie diese Wärme auf sie hinüber, in sie hineinfließt. Eine heiße Welle läuft durch ihren Körper. Marie ist erschrocken. Gewarnt. Sie wendet Kraft an und entzieht ihm ihren Arm. Er läßt sie in Frieden, stellt sich atemlos, unverändert. Entgegenkommend und behutsam. So ist er.

Angstlich vorwärtet er es, von den alten Dingen zu sprechen. Wie er sich davon hütet, auf Marie einen Zwang auszuüben. Sie muß sich — so sehr es verwundert und mißtrauisch macht — sagen, daß Fritz sich lieb und freundlich, ja sogar auffallend schonend und schützend verhält. Es fällt ihr auf, daß er sie fast überstürzt schnell und heimgeliebt, als sie stolpert, und von nun ab vorsichtig auf jede Bodeckwelle aufmerksam macht. Marie, noch immer mißtrauisch, hat trotzdem schon den Eindruck, daß sein Verhalten gut und ohne Falsch ist. Das tut wohl.

Doch bleibt sie weiter wortlos. Worte, sagt sich Marie, sind gefährlich. Man kann sich in ihnen fangen. Nicht nur, wenn sie von anderen kommen.

Wer ist Fritz, dieser merkwürdige Mann, der sie jetzt stützt und ihr über eine Wasserpflanze läßt? Ist das Fritz? Ist das derselbe, der ihr damals so maßlos weh getan hat? Oder ist er wieder derselbe, der ihr damals so unendlich wohl getan hat? Oder ist er ganz und gar ein anderer, ein neuer?

Marie fragt sich: Bleibt man sich überhaupt gleich? Ist sie selbst denn noch, wie sie einmal war? Ist sie nicht selbst eine andere geworden, eine neue? Hat sie das nicht einmal gelesen, daß der Mensch sich fast von Jahr zu Jahr unsichtbar, doch spürbar häutet, sich wandelt, immer in Wandlung und immer „ein Neuer“ ist? Daß er abwirft und annimmt, Gutes und Schlechtes, Schlechtes und Gutes. Muß sie vielleicht mit etwas ganz Neuem rechnen? Oder doch nur mit dem Alten, das ihr nur wieder neu ist? — Eine scharfe Falte steht wie ein dünnem Strich zwischen Mariens geschwungenen Augenbrauen.

Wieder rieselt Wärme durch ihren Leib. Wärme aus dem Manneskörper in ihren. Einschlüpfend und wohlwendend, angenehm. Sie spürt den Druck seines ganzen Körpers auf den ihren, seine Beine, seine Hüften, seine Seite, seine Schultern. Einen ganz feinen, vorsichtigen Druck, der nur einige Sekunden anhält. Aber er war wie eine Verbindung, ein Kontakt, wie ein gleichzeitiges, beiderseitiges Aufleuchten.

War das Absicht? War das Wille — oder doch nur ein Zufall, den ein unsicherer Schritt herbeigeführt hat? Marie glaubt an den Zufall. Aber — die Wärme tut jetzt noch wohl. Ist noch spürbar. Seltsam.

Doch die Falte zwischen den Augenbrauen steht noch immer. Noch immer grübelt Marie. Sie beginnt zu ahnen, daß ihr Verhältnis zu diesem Mann etwas ist, das sie zwar nicht begreift, aber auch nicht einfach zur Seite schieben kann. Jetzt erinnert sie sich, daß sie manchmal, ja sogar oft in den ganzen Jahren zu ihm gedacht hat. Damals wohl ungewußt, jetzt aber deutlich und erschreckend, fast schon froh stimmend ihr bewußt. Wie ist das möglich, fragt sich Marie. Sind wir zwei Wesen in einem? Zwei Wesen, die sich fremd sind, sich feindlich, und nichts voneinander wissen? Und die nur manchmal in rätselhaft wacher Stunde sich begegnen und miteinander Aussprache

halten? — Es muß wohl so sein! Wie sollte man es anders verstehen? Das alles! Den Mann da, das Empfinden, das er auslöst, das Wissen, das plötzlich über einen kommt, die Beruhigung des Gedankens, der das Rätsel löst und erlöst. — Ein Lächeln spannt die Haut über der Stirn. Die Falte ist verschwunden.

Marie weiß: Sie ist wieder in diesem Mann gefangen. Sie überprüft genau — oh, Marie ist kritisch geworden! — ihr Gefühl, sie sondiert und registriert. Und sie stellt fest, daß wenn auch irgendein unbestimmtes Angstgefühl noch quält sie dennoch irgendwie unfaßbar befriedigt ist.

Marie versteht und wehrt sich nicht gegen die Erkenntnis. Hier dreht es sich nicht um Gut und Böse, nicht um Gewinn oder Schaden. Nur um den Mann. Marie begreift: Bestimmung und Erfüllung.

Wieder warnt die Falte auf der Stirn. Diese Erkenntnis ist gefährlich. Wie der Mann gefährlich ist. Der Mann, mit dem man Krieg führen muß, einen Krieg im Dunkeln.

Marie spürt wieder den warmen Körper, der sich an sie drängt. Weiß er, was in ihr vorgeht? Dieser Mann, der ein Rätsel ist! Oder vielleicht doch nur das Einfachste, Klarste, das es gibt? Ist nicht das schwierigste Rätsel, wenn es gelöst ist, von lächerlichster Klarheit?

Marie grübelt weiter: Dieser Mann hat ihr das Schlimmste angetan. Hat er, hat wirklich er das getan? War es nicht etwas anderes? Er hat sie verführt und genommen. Aber — gibt es denn Vereinigung ohne Verführung, Hingabe ohne Genommenwerden? Er hat sie genommen und besessen, ohne sie zu fragen. Aber — ist das nicht Bestimmung? Und — hat sie nicht auch ihn besessen, im Besitzen Erfüllung gefunden und sich selbst? Und hat er sie nicht den anderen vorgezogen, sie und allein sie den vielen anderen! So ist es, denkt Marie. Sie verurteilt nicht mehr. Wer verurteilt, ist ohne Begreifen. Marie begreift und hat verziehen. Plötzlich, wie Überfall, bricht dies Wissen in sie ein: Ich liebe ja diesen Mann!

Da steht das Haus vor ihr. Das Haus, wo sie hingehört und wo sie Ruhe und Frieden und Existenz gefunden hat. Es steht da im Dunkeln. Schwarz, groß und drohend, wie eine Warnung. Marie sieht es. Erschrocken.

Was hat sie eben nur alles gedacht? Was waren das für Gedanken? Unmöglich! Hier steht die Wirklichkeit: Das Haus, die Stellung, die Existenz, die Sicherheit!

Fritz will ein Wiedersehen. Marie sieht fort, durch die riesigen Glasfenster der schweren, breiten, vergitterten Haustür in den dunklen Korridor. Müde, hilflos.

„Das geht nicht, Fritz. Es darf nicht wieder anfangen. Wie damals. Dann müßte ich vielleicht auch hier fort. Und wohin dann? Fritz?“

Sie spürt seinen warmen Körper wieder. Er drückt sie behutsam leicht gegen die Tür, legt seine Hände schwer und heiß auf ihre Schultern, dreht ihren Körper zu sich hin, sieht ihr lächelnd, doch ohne Falschheit in die Augen. Marie fühlt die Wärme durch ihren Leib rieseln, wieder einschlüpfend und wohlwendend. Das macht wehlos. Marie schwankt, taumelt, daß Fritz sie festhalten muß. Sie lacht kurz auf, hilflos, trotzig. Flieht sie in seine Arme, drängt sie hinein? Sie fragt nicht mehr. Sie spürt nur den warmen Männerkörper, diesen harten, so maßlos wohlthuenden Druck der Arme und schließt willens die Augen. Spürt jetzt heiß überfallen brennenden Kuß. Und küßt jäh vergessend und stöhnend, verloren und gefangen in befehlenden Brand und quälende Rätsel, jählings und heiß den Mund, der sie dennoch erlöste.

Plötzlich Licht im Rücken. Die Lampen im Korridor flammen. Grell weiß, daß es boshaft ins Dunkel sticht. Marie hat sich losgerissen. Steht jäh geweckt und starrt in die Helligkeit. Überstürzt kommt Leben in Marie. Hastig drängt sie Fritz auf die Straße.

„Geh jetzt, Fritz! Bitte, bitte, Fritz, geh jetzt!“

Fritz beruhigt. Aber Marie gibt nicht nach. „Mir zuliebe. Geh bitte, Fritz!“

„Na, gut dann!“ Er packt ihren Kopf, küßt sie noch einmal schnell. „Aber morgen Abend sehn wir uns, hörst du? Nicht wahr? Um diese Zeit. Wie jetzt!“ Marie nickt. Hilflos, verängstigt. Alles würde sie jetzt bewilligt haben; nur fort soll er. „Ja, ja, Fritz.“ Und reißt sich los, springt zur Tür, sucht, sich überstürzt, die Schlüssel und öffnet.

Fritz steht noch immer da. Sie sieht ihn flehend an. „Bitte, Fritz!“ Der winkt beruhigend ab. Lacht. „Also bis morgen, Marie!“ Die Tür fällt ins Schloß, schwer, dumpf. Marie steht im Gang, horcht zur Treppe hinauf, von der sich laute Schritte nähern und auf einmal nicht mehr zu hören sind. Mit beiden Händen winkt Marie Fritz zu: Fort! Der lacht noch einmal auf, winkt grüßend und ist verschwunden.

Marie atmet auf. Ein Stein fällt ihr vom Herzen. Die Angst ist geschwunden. Marie läuft zur Treppe.

Dort, im Knick der ersten Etage, stehen zwei im Winkel. Halten sich engumfaßt und küssen sich. Marie ist erst erschrocken, sieht dann aber schärfer hin. Es ist die Köchin aus der dritten Etage, die Berta, und der Briefträger, der mit ihr geht. Sie springen auseinander. Dann aber lacht Berta beruhigt auf. „Ach, du bist's, Marie? Gott, hab ich 'n Schreck bekommen!“ Jetzt lacht auch der Briefträger, zwinkernd und triumphierend. „N' Abend, Fräulein Marie!“

Sie grüßt schnell und verlegen und eilt vorbei. Das Licht verloscht. Die unten knipsen es nicht wieder an. Ein verhaltener Schrei flattert herauf, dann breites, beruhigendes Lachen und verlegenes Kichern. Die beiden lassen sich nicht stören.

Marie steigt im Dunkeln weiter. Schließlich lacht sie leise auf. Muß an die zwei da unten denken, die ohne Hemmung und unbesümmert, sorglos und nur Sehnsucht und Erfüllung sind.

Warum ist sie nicht selbst wie diese zwei —?! Es ist Frage und Ausruf, noch Prüfung und Sichverwundern. Und schon Hilflosigkeit und Empörung.

Marie liegt. Im Dunkeln, das so wohlwendend und auch wieder so quälend sein kann. Sie kann nicht einschlafen.

Was bin ich eigentlich für ein Mensch? Aus dem Dunkel wächst die Frage und bohrt sich in sie hinein. Wer bin ich? Daß ich mich wehren will und es doch nicht kann! Marie grübelt und sinniert, stellt fest und verwirrt, denkt, denkt Stunden hindurch, bis das Dunkel um sie herum durchsichtig blau und allmählich grau wird und die Dinge darin, der Kleiderschrank, der Waschtisch und der Stuhl am Fenster erkennbar werden. Da schläft sie ein. Mit dieser unbeantworteten Frage, müde von dem quälenden Suchblick in ihr rätselhaftes Wer-bin-ich-nur?-Gesicht.

(Wird fortgesetzt)

Wärmestauung und Hitzschlag

Da die Körperwärme des Menschen gleichbleibend etwa 37 Grad Celsius beträgt und in der Regel höher ist als die der Umgebung, so wird der Mensch zu den Warmblütern gerechnet. Die Blutgefäße der Haut bringen das körperwarme Blut bis dicht an die Oberfläche, wo es einen Teil seiner Wärme abgibt. Genügt die Blutfüllung der Haut nicht mehr, um die überschüssige Wärme nach außen abzugeben, so tritt die Schweißabsonderung helfend ein. Infolge der hohen Verdampfungswärme des Wassers bildet die Schweißabsonderung ein sehr ausgiebiges Mittel zur Herabsetzung der Körperwärme. Durch jedes Gramm Wasser, das von der Haut verdunstet, wird dem Körper etwa ein Siebentel derjenigen Wärmemenge entzogen, die bei der Verbrennung von 1 g Eiweiß oder Kohlehydrat im Körper entsteht, das heißt 0,6 Wärmeeinheiten. Eine geringe Absonderung kochsalzarmen Schweißes findet übrigens ständig statt. Eine Wärmeabgabe durch Verdunstung erfolgt auch durch die Lungen, so daß die Atrungsluft mit Wasserdampf gesättigt wird; diese Wärmeabgabe wächst im gleichen Verhältnis, wie die Atmung durch Muskelanstrengung vertieft wird. Infolge der Wasserverdunstung üben die Lungen eine kühlende Wirkung auf das Herz aus, das sie von fast allen Seiten umschließen.

Die Wärmezeugung im Körper des ruhenden Menschen von 66 kg Durchschnittsgewicht beträgt in einer Stunde etwa 100 Wärmeeinheiten; sie erfährt durch Anstrengungen eine Steigerung und wird zum Beispiel beim Marsch in der Mittagswärme des Sommers auf das etwa 3/4fache der Ruhewärmezeugung erhöht, so daß bei fehlendem Ausgleich eine solche Wärmemenge die Körpertemperatur um 3 Grad, also auf 40 Grad Celsius bringen würde.

Ist die Umgebungstemperatur höher als 33 Grad, so steigt, namentlich in feuchter Luft, die Körpertemperatur an und es entstehen die Erscheinungen der Überhitzung. Bei schwüler Witterung sättigen sich die den Körper umgebenden Luftschichten sehr bald mit Wasserdampf, so daß die abgesonderten reichlichen Schweißmengen unverdunstet, also ungenutzt für die Wärmeabgabe, am Körper herabtrinken. Dabei wird schon bei einer Temperatur von 10 bis 12 Grad die Feuchtigkeitzunahme als Wärme empfunden, und bei 25 Grad Celsius kann eine relative Feuchtigkeit von 60 vH schon sehr drückend sich bemerkbar machen und ein Gefühl des Unbehagens und der Beängstigung auslösen. Unter diesen Umständen ist ein Ausgleich noch dadurch möglich, daß die mit der Oberfläche der Haut in Berührung kommende Luft rasch und fortlaufend, zum Beispiel bei Wind oder durch rasche Fortbewegung (Radfahrer, Reiter), erneuert wird.

Unter ungünstigen physikalischen Luftverhältnissen findet bei Anstrengung eine Erweiterung der kleinsten Blutgefäße in der Haut statt (Rotwerden des Gesichts), so daß es bei kräftigem Herzen zu einer vermehrten Wärmeabgabe kommt. Wird aber die Herzarbeit und zugleich die Atmung unzulänglich, so erfolgt eine Herabsetzung des Blutwechsels in der Haut, und die Blutzuführung zu den Schweißdrüsen wird mangelhaft. Ist nun der vorausgegangene Wasserverlust durch Frischwassermangel ungenügend gedeckt, so werden die Gewebe, besonders die Schweißdrüsen, infolge geringerer Wasserabgabe aus dem Blut wasserärmer, der Schweiß versiegt frühzeitig, so daß ein wichtiger Wärmeausgleichsvorgang fehlt. Das Erlöschen der Schweißabsonderung ist ein kritischer Wendepunkt. Das Blut in den kleinsten Gefäßen, besonders des Schädelinnern, wird gestaut, an Stelle der Gesichtsröte tritt Gedunsenheit und leicht bläuliche Verfärbung. Dazu kommt noch, daß infolge der vorausgegangenen großen Schweißabsonderung das Blut an gewissen Salzen, wie zum Beispiel Kochsalz und Natriumkarbonat, verarmt ist und daß die durch Muskelanstrengung im Blut vorhandenen Mengen an Milch- und Phosphorsäure infolgedessen nicht abgeseigt werden; die organischen Säuren, wie Milch- und Harnsäure, können ihre vergiftende Wirkung geltend machen.

Alle diese Vorgänge vermögen durch die Kleidung eine gewisse Förderung zu erfahren. Denn die Kleidung kann die Verdunstung an der Hautoberfläche dadurch verhindern, daß sie aus mangelhaft durchlässigem Stoff besteht oder infolge Regeneinwirkung bzw. Schweißaufnahme die weitere Wasserverdunstung von der Hautoberfläche hemmt. Schließlich wird auch durch engen Schluß des Kragens oder durch Ledergurte um die Taille der Abstrom von Körperluft und die Zuführung von Frischluft gehemmt, während eine nirgends zu fest sitzende Kleidung der Schweißverdunstung kein Hindernis bietet, weil der Abstrom der mit Wasserdampf gesättigten Luft und die Zuführung von Frischluft ungehindert möglich ist, so daß eine Erschwerung der Herzarbeit nicht entsteht.

Die Herabsetzung der Aufnahmefähigkeit der Luft für Wasser, eine unzureichende, die Verdunstung hindernde Kleidung, eine ungenügende Deckung des durch die Schweißabsonderung entstehenden Wasserverlustes, eine unzulängliche Herzleistung, Krankheiten der Atmungs- und Kreislauforgane, Fettleibigkeit, ungenügendes Training und alle den Körper schwächenden Zustände, wie Exzesse, Alkohol, ungenügender Schlaf usw., begünstigen bei gesteigerter Muskelarbeit das Zustandekommen von Wärmestauung und können zum Hitzschlag führen, das heißt entweder zu offenkundigen, nachteiligen Vergiftungserscheinungen im Bereiche des Zentralnervensystems (Rückenmark und Gehirn) oder zu einer Kohlensäureanhäufung im Blut.

Durch direkte Sonnenbestrahlung namentlich des Kopfes wird, vorwiegend in den Tropen, sowohl der arbeitende wie der in der Sonne ruhende Mensch getroffen, und zwar wirken hierbei nicht allein die leuchtenden Sonnenstrahlen mit, sondern auch die jenseits des Rots im Sonnenspektrum liegenden langwelligeren Wärme- und jenseits des Violett liegenden kurzwelligeren chemischen Strahlen. Es kommt zu einer Wärmestauung ganz besonders in der Umgebung der Hirnrinde, die in übermäßiger Blutfülle und sogar in entzündlichen Veränderungen an den Hirnhäuten Ausdruck finden kann. Im übrigen treten mit der Wirkung der Sonnenstrahlen ähnliche Erscheinungen wie beim Hitzschlag auf: allgemeine Wärmestauung infolge mangelhaften Wärmeausgleichs, Herz- und Muskelermüdung usw. Da das Schädeldach für die Sonnen- und Wärmestrahlen leicht durchgängig ist, während die Hirnrinde die Wärmestrahlen nicht eindringen läßt, so daß es eben zur Wärmestauung ganz besonders in der Umgebung der Hirnrinde kommt, so bietet in den Tropen der sogenannte Tropenhelm mit Nackentüchern und leichte Bekleidung den besten Schutz gegen Sonnenstich.

Bei leichteren Fällen der Wärmestauung und des Hitzschlages genügt es, den Betroffenen mit leicht erhöhtem Oberkörper an möglichst luftigem Ort zu lagern; ist das Gesicht blaß, so daß man auf Blutleere des Gehirns schließen kann, so ist horizontale Lagerung notwendig. Die beengenden Kleider müssen gelöst und kühle Kompressen auf Kopf und Brust gelegt werden, während der Zusammengebrochene mit Wasser besprengt und gegebenenfalls gelabt wird. Von gutem Nutzen ist es auch, Luft zuzufächeln, indem man dem Betroffenen den Rock auszieht und an den Ärmeln hin- und herschwenkt. Dr. Max Grünwald.

Unfälle in der Metallindustrie

Die Unfallursachen-Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist jetzt im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden. Die Zahlen gelten für das Jahr 1929, neuere Angaben sind noch nicht möglich.

Gezählt wurden insgesamt 1 076 432 Betriebe mit 11 495 151 versicherten Arbeitnehmern. Landwirtschaft und Bergbau sind dabei hier nicht mit berücksichtigt worden. Auf die Metallindustrie mit 10 Berufsgenossenschaften entfallen davon 127 706 Betriebe mit 1 883 647 Versicherten. Dabei ist aber die gesamte elektrotechnische Industrie (24 677 Betriebe, 592 405 Versicherte) noch in einer weiteren Berufsgenossenschaft zusammengefaßt; weiterhin werden die Gas- und Wasserwerke der chemischen Industrie zugerechnet. So betrachtet, stellt die Metallindustrie die stärkste Gruppe nach der Zahl der Versicherten dar.

In allen Betrieben wurden nun im Jahre 1929 927 995 Betriebsunfälle angezeigt. Von 1000 Versicherten verunglückten also rund 80 Personen. Von diesen Unfällen mußten 55 527 entschädigt werden. Auf 1000 Versicherte bezogen, waren 4,81 — also fast 5 Personen — so schwer verunglückt, daß sie oder ihre Angehörigen Rente erhalten mußten. Insgesamt hatten 4597 Unfälle den Tod des Versicherten zur Folge. Über die sonstigen Unfallfolgen (Verlust von Gliedern usw.) gibt die Statistik keine näheren Angaben; nur auf zwei Gruppen besonders schwerer Unfälle geht sie ein, wenn sie 38 081 Augenverletzungen und 37 507 Verbrennungen aufzählt.

Auf die Metallindustrie entfallen allein 238 200 Unfälle, das sind rund 25 vH aller Unfälle. Die Elektrotechnik und Feinmechanik zählt weitere 54 821 Unfälle auf, 1019 Unfälle hatten den Tod zur Folge; 15 359 Unfälle mußten insgesamt entschädigt werden.

Während im Gesamtdurchschnitt auf 1000 Versicherte 80 Unfälle überhaupt und 4,81 entschädigte Unfälle kamen, zeigen sich in der Metallindustrie höhere Verhältniszahlen. Von 1000 Versicherten verunglückten in der Metallindustrie 126,46, in der elektrotechnischen Industrie 92,54. Die entschädigten Unfälle betragen 6,57 und 5,04 auf 1000 Personen. Demnach gehört die Metallindustrie zu der Industriegruppe mit den höchsten Unfallzahlen.

Von den Unfällen an Arbeitsmaschinen (105 224) entfallen 47 162 auf solche der Metallindustrie. Davon mußten 3658 entschädigt werden, 49 führten zum Tode des Versicherten, 528 hatten Augenverletzungen zur Folge und 471 waren Verbrennungen. Auch hier wieder, gemessen an anderen Industriegruppen, ein recht ungünstiges Verhältnis. Neben den Arbeitsmaschinen sind die Kraftübertragungsanlagen in sehr vielen Fällen Unfallursache. 8168 Unfälle wurden an ihnen insgesamt gezählt; davon entfielen allein 3174 (28 tödliche) auf Treibriemen. Durch Hochspannungsanlagen verunglückten 1075 Personen (95 tödlich), durch Niederspannungsanlagen 1958 Versicherte (91 tödlich). Sehr beachtlich ist dabei die hohe Zahl von Unfällen an Niederspannungsanlagen (bis zu 250 Volt!); bei ihnen ist auch die Zahl der tödlichen Unfälle recht erheblich. Leider wird die Gefährlichkeit der Niederspannung in der Praxis noch sehr oft mißachtet; auch bei ihr ist also besondere Vorsicht geboten.

Die Unfälle an Arbeitsmaschinen der Metallindustrie verteilen sich auf die wichtigsten Maschinen wie folgt:

Maschinenart	Unfälle insges.	davon entschädigt
Dreh-, Planier- und Druckbänke	7145	302
Mechanische Bohrmaschinen	5149	185
Fräsmaschinen	2539	188
Schleif-, Schmirgel- u. andere Scheiben	8423	408
Scheren	2779	166
Warmwalzwerke	2607	144
Kaltwalzwerke	1962	148
Pressen	8364	1562
Fördermaschinen	23740	2564

Die letzte Gruppe — Fördermaschinen — enthält dabei allerdings die Zahlenangaben für sämtliche Industriezweige; sie sind hier nur angeführt worden, weil diese Maschinen auch in der Metallindustrie große Bedeutung haben. Tödliche Unfälle sind — mit Ausnahme der Scheren und der Fräsmaschinen —

bei allen genannten Gruppen zu verzeichnen; am größten ist ihre Anzahl bei den Schleifscheiben (11) und bei den Warmwalzwerken (8). An den letzteren werden auch 335 Verbrennungen aufgeführt. Die Zahl der Augenverletzungen ist auch recht erheblich; allein an Schleifscheiben usw. sind 204 Unfälle dieser Art angezeigt worden, an Drehbänken weitere 60. Von den Unfällen an Scheiben sind 4706 auf die Berührung der sich drehenden Scheibe und 2177 auf Verletzung durch das Arbeitsstück zurückzuführen.

Neben diesen Maschinenunfällen spielen Unfälle mit anderen Ursachen eine größere Rolle. Es ist durch die Arbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Berufsgenossenschaften im Laufe der Jahre immer mehr gelungen, die Zahl der Maschinenunfälle zu vermindern. Dies war durch die Verbesserung der Schutzvorrichtungen an verschiedenen Maschinen, die zum Teil bereits bei der Konstruktion berücksichtigt werden konnten, und vielfach auch durch Übergang zum Einzelantrieb möglich.

Bei den sonstigen Unfällen liegen die Verhältnisse allerdings anders. Hier stößt die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten deshalb auf fast unüberwindliches Hindernis, weil es sich sehr oft um Unfallgefahren handelt, die bei der Betriebsrevision — die ja bekanntlich nicht sehr oft erfolgt — nicht vorhanden oder nicht erkennbar sind. Hier dürfte die Mitarbeit der Betriebsvertretungen von recht großer Bedeutung sein; aber auch jeder einzelne Arbeiter ist in der Lage, an der Einschränkung dieser Unfälle mitzuarbeiten.

Ursache	Unfälle zus.	tödtlich	Augenverl.	Verbr.
beim Transport	244 871	1304	1024	915
beim Fall von Personen v. Leitern, Treppen, aus Luken usw.	129 568	620	222	780
beim Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen	77 834	412	445	343
auf dem Weg von u. zur Arbeit	61 843	599	365	23
durch Handwerkszeug	50 951	21	812	175
durch verschiedene Ursachen	152 282	362	21675	650

Auf die übrigen Gruppen mit geringerer Unfallhäufigkeit kann nicht näher eingegangen werden; die 55 Seiten umfassende Statistik enthält darüber eine Unmenge Einzelheiten. Jeder Betriebsrat, jeder Unfallvertrauensmann sollte sich diese Fülle von Zahlen einmal etwas näher betrachten.

Recht aufschlußreich ist eine weitere Gliederung der 244 871 Transportunfälle. Von ihnen sind allein 101 365 beim Auf- und Abladen, Zu- und Abwerfen, Absetzen, Niederlassen, Hochziehen, Umkanten und Fallenlassen von Gegenständen zu verzeichnen. Darunter waren 98 tödliche Unfälle, 444 führten zu Augenverletzungen. Das Fortbewegen von Lasten mit und ohne Fördergerät war die Ursache von 58 519 Unfällen.

Durch Fall sind 129 568 Personen verunglückt. Davon fielen allein 17 369 Personen von Treppen, 8285 von Leitern und 18 874 von Gerüsten, Mauern und ähnlichem. Dabei sind aber die Unfälle, die durch den Zusammenbruch von Leitern, Gerüsten usw. möglich wurden, noch nicht mitgezählt. Auf solche Ursachen sind weitere 6382 Unfälle zurückzuführen.

Das Herabfallen und Umfallen von einzelnen Gegenständen (Werkzeugen, Werkstücken) führte zu 59 868 Unfällen, davon waren 125 tödlich. 12 580 Unfälle ereigneten sich durch den Fall über umherliegende Gegenstände, Abfälle usw.

Bei den unter „Verschiedenes“ genannten Unfällen waren 70 565 durch Verletzungen an spitzen und kantigen Gegenständen verursacht, zirka 26 000 durch abspringende Splitter bei der Arbeit mit Maschinen und Werkzeugen und 20 700 (davon 612 entschädigungspflichtige) durch einen einfachen Stoß an harten Gegenständen.

Zweifelloso lassen sich noch eine recht erhebliche Anzahl von Unfällen verhindern, wenn Betriebsvertretungen und Unfallvertrauensleute sich zu verstärkter Mitarbeit bereithalten. Die Beamten der Gewerbeaufsichtsämter und auch die der Berufsgenossenschaften stehen zu jeder Aufklärung über Fragen der Unfallverhütung jederzeit zur Verfügung. Sie nehmen aber auch jede Anregung, die zur Förderung des Unfallschutzes dienen kann, gern entgegen. Willy Matthes.

Das Rätsel um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen

Von Heinrich Wandt

V.

Die Amnestierung der Mörder

Prinz Udo zu Stolberg-Wernigerode-Roßla brauchte seine lächerlich geringe Strafe überhaupt nicht erst anzutreten. Man beließ ihn nämlich solange auf freiem Fuß, auf den man ihn sofort wieder gesetzt hatte, bis sich deren Abbildung infolge der kaiserlichen Amnestie vom 27. Januar 1917, unter die alle von Kriegserichtern verhängten und sechs Monate nicht übersteigenden Strafen fielen, erübrigte.

Freiherrn Rickolt von Gagern hatte man schon während des Ermittlungsverfahrens, um den äußerst peinlichen Prozeß überhaupt nicht stattfinden lassen zu müssen, genug Möglichkeit gegeben, damit er seine Verurteilung wegen Mordes nicht erleben zu brauchte. Auch einige seiner Standesgenossen, die noch auf ihre „preußische Offizierschere“ hielten, sorgten später dafür, daß er nach der Rückkehr ins Gefängnis einen bereitgelegten Revolver finden mußte. Aber wieder bestätigte sich die alte Binsenwahrheit, die gerade während des Krieges in die Erscheinung trat:

wirklich tapfere Leute sind niemals Menschenschinder, aber Menschenschinder sind immer erbärmlich feige Leute!

Der hochfeudale Rittmeister und Eskadronchef des 3. Garde-Ulanen-Regiments, der auf eine so viehische Weise den belgischen Baron umbrachte, besaß nicht den Mut, eine Waffe gegen sich selbst zu richten. Er zog es vor, am Leben zu bleiben und sich auf die Auswirkungen der guten Beziehungen zu verlassen, über die seine Verwandten und Freunde verfügten. Auch befand er sich vorläufig noch gar nicht im Zuchthaus, wurde auch nicht dahin gebracht, sondern kam in das Festungsgefängnis von Köln, in welchem die inhaftierten deutschen Offiziere ein recht fideles Dasein führten.

Die Belohnung des Unteroffiziers Geißler zeigte dieselbe Art von „Gerechtigkeit“. Man verübte es ihm sehr, daß er bei der Auflösung des Rätsels um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen nicht „irgendeinen belgischen Halunken“, sondern zwei so vornehme deutsche Gardeoffiziere als Verber des grauenhaften Pflanzverbrechens ausfindig gemacht hatte. Er empfing darum anstatt der ausgesetzten zweitausend nur einige hundert Mark, womit er noch nicht einmal seine Spesen decken konnte. Dann wurde er noch echt preußisch angeschminkt und von ihm verlangt, daß er von dem, was er in Rüdervoorde und Umgegend ermittelte, nichts ausschwatzen dürfe.

Das Damoklesschwert des famosen Landesverrats-Paragrafen schwebte von da an ständig über seinem Haupte. Darum versagte später, so oft er auch noch einmal den Detektiv der Etappen-Kommandantur Gent spielen mußte, sein Diensteifer sofort, sobald die von ihm verfolgte Fährte auf einen Offizier hinwies. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer, und er verspürte keine Lust, bei den hohen Herrschaften der Etappe, die

es in der Hand hatten, ihn im schönen Gent zu belassen, oder ihn auf dem kürzesten Wege in den Schützengraben zu schicken, noch einmal in das Fethnächchen zu treten . . .

Erst im Mai 1917 wurde von Gagern in das großherzoglich-hessische Zuchthaus zu Butzbach eingeliefert. Man schor ihm dort nicht den Kopf kahl, wie es in jener Zeit noch die strenge Vorschrift heischte, und er brauchte auch — ein bis dahin noch nie vorgekommener und gegen die Strafvollzugs-Ordnung gleichfalls kraß verstoßender Fall —

keine Zuchthauskleidung

zu tragen. Er machte Kartons, also die leichteste Arbeit, die es in der Anstalt gab, aber er mußte nicht das Pensum leisten, das die anderen Gefangenen unbedingt zu schaffen hatten, wenn sie nicht in den „Keller“ gesteckt werden wollten. Und er durfte immer, was gleichfalls nicht zulässig war, in Begleitung eines einzelnen Beamten und in einem dunkelblauen Zivilanzug seinen täglichen Spaziergang im Hofe machen.

Der Direktor der Strafanstalt, ein ehemaliger Staatsanwalt, der sich gegenüber den gesamten übrigen Insassen des Zuchthaus als ein äußerst gestrenger Herr zeigte, behandelte ihn mit der größten Zuorkommenheit. Er lieferte ihm nicht nur aus seinem Garten Obst, damit er immer eine gute Verdauung hatte, sondern er begünstigte ihn auch sonst in einer so offensichtlichen Weise, daß sich nicht nur das gesamte Bewachungspersonal lebhaft darüber entrüstete, sondern daß ihm auch der Arzt und der Geistliche des Zuchthaus wegen dieser ungeredeten Bevorzugung des adeligen Mörders ernste Vorhaltungen machten.

Aber dessen Zuchthäuslerart waren ohnedies schon gezählt, denn seine Freunde ruhten nicht, solange er sich noch hinter den Mauern des festen Zuchthaus zu Butzbach befand. Sie ließen, als das alte System zusammenbrach, alle Mienen springen, und der Erfolg war, daß der Präsident des Reichsmilitärgerichts, der General der Infanterie von Gabain, die unerhörte und keinen einzigen Parallelfall aufweisende Entscheidung traf, daß die militärische Amnestie des Rates der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1415) auch auf den Meuchelmörder des Barons Henri d'Udekem d'Acoz anzuwenden sei. Durch § 5 Absatz 2 dieser Verordnung wurde nämlich auch solchen Verurteilten, die noch mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen hatten, der Rest mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren erlassen, falls die Erwartung gerechtfertigt war, daß sie die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen würden. Von Gagern wurde also am 16. Januar 1919 aus dem Zuchthaus entlassen, weil bei ihm diese Erwartung gerechtfertigt war; doch wenn nicht alles trügt, so ist er mit demselben von Gagern identisch, der einige Monate darauf als Offizier eines Freikorps in einem Vororte von München mehr als ein Dutzend Arbeiter ohne jeden Grund standrechtlich erschießen ließ! (Schluß folgt)



Verbandsleben



Unter erwerbslosen Metallarbeiterinnen

In der Kottbusser Straße, in einer häßlichen Gegend Berlins, wo schon seit langem das letzte Stückchen Natur erstorben ist, wo kein Baum, kein Strauch, nichts mehr zu gedeihen vermag, wo sich Mietskasernen an Mietskasernen reiht und der Lärm, das dumpfe, nerventötende Gebrüll der Großstadt an die Häuserfronten prallt und nie zur Ruhe kommt, — da liegt in einer grauen, freudlosen Fabrikhof, den die Berliner Orgeldreher besonders heimsuchen, das Stempelamt der erwerbslosen Metallarbeiterinnen.

Ja, diese verdammte Gegend, dieser elende, wie von grauen Kerkermauern eingeschnürte Ort paßt so richtig zu der Tragödie, die sich hier täglich wie ein endloser Filmstreifen abrollt, ohne daß einer der zahlreichen Passanten, die durch die Kottbusser Straße strömen, nur eine blasse Ahnung davon hätte. Die feinen Damen und Dämchen der Ausbeuter müßten einmal hier ihre gepuderte Nase hineinstecken, müßten einmal gezwungen sein, eine Woche lang täglich hier in das Stempelamt zu tippen und dann, wie die Faßheringe zusammengedrückt, stehen, vergeblich warten Die Damen und Dämchen würden Augen machen! Die Putz- und Vergnügungssucht verginge ihnen!

Der Arbeitsnachweis liegt im ersten Stock. Schon morgens um acht Uhr ist hier Hochbetrieb, sammelt sich die Not und das Elend an und wartet mit knurrendem Magen und flackernden Augen. Hoblerinnen, Bohrerinnen, Dreherinnen, Wicklerinnen und was nicht alles sucht hier Arbeit. Gesund und kräftig, verhungert und krank, sauber und abgerissen, keß und bescheiden aussehend, wild durcheinander lauern sie auf den Augenblick, der ihnen wieder Arbeit und Verdienst bringt. Hoffnung leuchtet aus ihren bleichen Gesichtern, Hoffnung auf bessere Zeiten. Nur wenige sind gleichgültig. Die lange Wartezeit, das ewige Elend, Hunger und Entbehrungen haben sie niedergedrückt.

Freundlich grüßend trete ich an eine ältere Arbeiterin heran, die grübelnd, gedankenbrütend an einem der zahlreichen Tische sitzt. Ich frage sie nach ihrem Beruf. „Wat heeßt hier Beruf!“ zischt sie mich verbittert und böse an und mustert mich mißtrauisch von oben bis unten, „allet bin ick, vastehst!“ — Zwei neben ihr sitzende Kolleginnen lachen dazu. Dann fährt sie sich durch die Haare und stiert mich verwundert an: „Wenn du Kohldampf hast, biste allei! Ick schreck vor keener Arbeit zurück! Meine fünf Jörn zu Haus fressen mir reene uff. Da fragste nich lange, wat fir Arbeit de nimmst! Mein Oller hat ooch nie nich gefragt, als er noch nich in Wittenau (Trinkerheilstätte) war.“ — Wieder fährt sie sich nervös durch die wirren Haare und stiert mich fragend an, dann steht sie auf, spuckt verekelt aus und humpelt nach dem Ausgang. Berührt von der Not dieser Frau und Mutter blicke ich ihr traurig nach und denke: Dies war deine Schwester, die der Erbarmungslosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft erlegen ist.

Langsam gehe ich weiter. Eine kleine bucklige Arbeiterin in grüner Windjacke und blauer Hemdbluse fällt mir besonders auf. Ich spreche sie an. Wir unterhalten uns über die schlechte Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit. Dabei zeigt sie sich als sehr wissend: „Solange Deutschland“, meint sie, „durch die vielen Parteien und Parteichen so wie zurzeit zerissen ist und nicht von einer einzigen proletarischen Partei regiert wird, ist gar nicht daran zu denken, daß sich die Verhältnisse bessern, die ungeheure Arbeitslosigkeit ein Ende nimmt. Das Solidaritätsgefühl der Proleten ist noch so gering, so schwach, daß wir keine Mittel unversucht lassen sollten, es zu stärken. Auch an die restlose Aufklärung müßte herangegangen werden, ehe Hitler, Gobbels und Konsorten mit ihrem irrenhaarsreifen Unsinn noch mehr ehrliche Proleten versuchen. Energhisch Front müßte auch endlich gegen die unzähligen Doppelverdiener gemacht werden, die gerade in den nationalsozialistischen Kreisen zu Hause sind. Von den 11000 Metallarbeiterinnen, die hier stempeln gehen, ist keine, die nicht gezwungen ist, zu arbeiten. Entweder ist der Mann krank, erwerbsunfähig, oder er fehlt ganz, ist tot, im Weltkriege gefallen. Ich bin der festen Überzeugung, wir hätten fast alle Arbeit, wenn es keine Doppelverdiener gäbe.“

Hier beendet sie unsere Unterhaltung und ging zum Schalter einer der Vermittlungsabteilungen. Ich dachte noch eine Weile über das soeben Gehörte nach, dann ging ich nach der anderen Seite des Saales. Hier saßen einige Frauen und Mädchen und lasen in Büchern oder Zeitungen. Eine stückte in eine grüne Leinwanddecke Rosen. Ich setzte mich neben sie und sah zu. An der linken Hand fehlten ihr zwei Finger. Auf Befragen erzählte sie mir, daß sie mit der Hand in die Zahnäder einer Drehbank, deren Schutzvorrichtung mangelhaft gewesen, gekommen sei. Auch ihr Mann sei bei der Arbeit verunglückt und dadurch für sein ganzes Leben erwerbsunfähig geworden. Jetzt müßte sie für die Familie sorgen, obwohl es ihr sehr schwer fiel, weil nirgends Arbeit zu bekommen sei. Aber sie verliere nicht so schnell den Mut. Sie legte ihre Arbeit beiseite und sah mich einen Augenblick an. Ihre Augen leuchteten hoffnungsvoll, überhaupt ihr ganzes Antlitz war wie in Hoffnung verklärt. Ich begriff: Diese Frau glaubte an sich und an eine lichte Zukunft, an die Befreiung der Menschheit aus ihrer Schwachheit. Und plötzlich dachte ich an Bruno Schulz's Verse:

„Das ist das Lied der hällischen Pein:
dem Reichen Brot, dem Armen Stein.
Dem Armen Nacht und bitteres Muß,
dem Reichen Glanz und Überfluß.
Das ist das Lied der Pein.“

Von diesem Glauben dieser stillen Doldlerin erfüllt und getragen, verließ ich nachdenklich die Stätte der erwerbslosen Berliner Metallarbeiterinnen.
Käte Nöll

„Der Arbeitslose ist der Normaldeutsche“

Der Dank des Vaterlandes ist auch gewiß! Die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Arbeitslosen, erleiden das gleiche Schicksal wie die Feldgenossen. Wie die ersten Feldgenossen mit Blumen und Schokolade beworfen, majestätisch von der blinden Menge, ins Feld gezogen wurde, die ersten Verwundeten in den Lazaretten aufs allerbeste gepflegt und behandelt worden waren, so waren die ersten Arbeitslosen die allgemächtesten bedauerten und der tatkräftigsten Unterstützung wertigen Opfer der Wirtschaftskrise — und heute werden sie gewissermaßen als lastige Ausländer, als Schwanzträger angesehen, denen man genau auf die Finger sehen muß, damit sie nicht etwa zuviel zum Beißen haben. Der Wirtschaftsparteiler und frühere Reichsjustizminister Dr. Brügel hatte wohl nur mit zynischer Offenheit ausgesprochen, was die ihm gesinnungs-

mäßig nahestehenden Kreise denken, als er sich in einer Unterredung mit Werner Hegemann nach dem Montag-Morgen vom 7. April 1930 äußerte:

„Ich habe schon vor Jahren gesagt, wenn in einer Nacht plötzlich 20 Millionen Menschen ums Leben kämen, dann wären wir das reichste Volk der Welt.“

Sind die folgenden Sätze aus der Berliner Börsen-Zeitung vom 9. Juni 1931 nicht auch aus einer ähnlichen Denkart geschrieben?

„Und nun erblicken wir vor uns die Gestalt des Arbeitslosen, der Deutschlands neuer Gesetzgeber ist und unsere Ansprüche an Kultur und Lebenshaltung bestimmen soll. Der Arbeitslose ist der Normaldeutsche. Was seiner Daseinsführung entspricht, ist zulässig. Alles, was darüber hinausgeht, erscheint als Luxus, auf welchen niemand einen Anspruch hat.“

Die rechtsstehenden Kreise und die schwerindustriellen Scharfmacher haben von den Arbeitslosen genug. Sie betrachten jeden Arbeitslosen ähnlich wie der berühmte Prof. Dr. Schreiber von der Technischen Hochschule in Aachen als Faulpelz.

Und die noch in Arbeit Befindlichen? Denen möchten diese Kreise den Brotkorb so hoch wie möglich hängen. Hier hat der Prof. Dr. Schreiber, als er für die Muskelarbeiter die Lebenshaltung des Neanderthal-Menschen für erträglich hält, nur ausgesprochen, was die Wirtschaftskreise denken. Arbeiter und Angestellte sollten sich auf ihre Kraft besinnen und, so schwer es angesichts der zusammengepreßten Lebenshaltung für die Massen und für den einzelnen auch sein mag, sie würden sich selbst aufgeben, wenn sie ihre Gewerkschaften im Stich lassen wollten. Versagen Arbeiter und Angestellte in diesen Wochen schärfster sozialpolitischer Entscheidungen, dann werden sie Jahre brauchen, um Errungenes wiederzuholen!

Siebzehnter Männerkurs in Tinz

Die Heimvolkshochschule Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem siebzehnten Männerkurs ein. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung und der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird. Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche mitbringen), beträgt für Thüringer 150 M, für die übrigen Reichsdeutschen 180 M, für Ausländer 200 M. Für Arbeitslose ist Sonderregelung möglich. Der Kurs beginnt am 15. Januar 1932 und dauert bis 15. Juni 1932. Die Bewerbungen sind bis 15. Juli einzureichen.

Wilhelm Bock †

Mit Wilhelm Bock ist einer der ganz Alten der modernen Arbeiterbewegung gestorben. Noch vor drei Wochen saß er in Leipzig auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Ehrenpräsident. Rüstig vermochte der Fünf- und achtzigjährige den Verhandlungen zu folgen und niemand ahnte, daß er dem Tode so nahe war. In Bad Sulzbach im Schwarzwald erlag er einer Herzlähmung.

Bock ist als Gewerkschafter und als Politiker im gleichen Maße hervorgetreten. Schon im Jahre 1873 wurde er zum Präsidenten der Deutschen Schuhmachergewerkschaft gewählt, und von dieser Zeit an amtierte er auch gleichzeitig als Schriftleiter des Schuhmacher-Verbandsblattes. In dieser Eigenschaft hat er manchen harten Strauß mit den Behörden ausgefochten. Besonders unter dem Sozialistengesetz waren die von Wilhelm Bock geführten Schuhmacher die Avantgarde der sozialistischen Arbeiterbewegung. Unauslöschlich wird auch sein Name in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verzeichnet sein. In den Gründerjahren war die Partei in zwei Richtungen gespalten: Lassalleaner und Eisenacher, ideisch gegenseitig scharf bekämpften. Die Bekämpfung fand im sachlichen Rahmen statt und ist nicht vergleichbar mit den Gehässigkeiten, wie sie die Kommunisten von heute belibien. Damals machte man entschiedenen Schluß mit dieser Kräftevergeudung, und auf dem Einigungskongress von Gotha im Jahre 1875 wurde der Bruderstreit begraben. Präsident dieses Kongresses war der damals noch nicht 30jährige Wilhelm Bock. 47 Jahre später stand Wilhelm Bock wieder auf dem Einigungsparteitag der Sozialdemokratie zu Nürnberg. Symbolisch war damals die Handlung, als Wilhelm Bock auf der Bühne des Hertulesvelodroms zu Nürnberg dem gleichaltrigen Wilhelm Pfannkuch die Hand reichte und damit der Bruderstreit zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängigen beendet wurde. Wer diesen Augenblick erlebte, dem wird der Eindruck unvergessen bleiben.

Nun ist der Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen. Sein Leben war ein Stück Arbeitergeschichte. Wenn einmal der Großen der Arbeiterbewegung gedacht wird, dann steht Wilhelm Bock mit in erster Reihe.

Emil Pfeiffer †

Vor einem Vierteljahr konnten wir berichten, daß der Kollege Emil Pfeiffer, Stuttgart, seinen 90. Geburtstag feierte. Nun kommt die Kunde, daß der Alte sich zur letzten Fahrt ins Jenseits gerüstet hat. Damit ist wieder einer unserer ältesten Verbandskollegen von uns gegangen. Dem jüngeren Verbandsmitglied wird nicht gegenwärtig sein, welche Rolle der Verstorbene im Leben unseres Verbandes gespielt hat. Der 1841 zu Uhm Geborene hatte das Schlosserhandwerk erlernt und später sein Domizil in Stuttgart aufgeschlagen. Hier war er in der Schlosserfachvereinsbewegung führend tätig. Er wurde auch ein Befürworter für die Verschmelzungsbestrebungen der Metallarbeiterlokalkreise zum großen Gesamtverband. Vor 40 Jahren, auf dem Gründungsverbandstag zu Frankfurt a. M. wurde Emil Pfeiffer als zweiter Vorsitzender des neugegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewählt. Diese Tätigkeit war ehrenamtlich. Für dieses Amt wurde er auch auf den folgenden Verbandstagen stets wiedergewählt. So amtierte er zehn Jahre als zweiter Verbandsvorsitzender. Im Jahre 1897 trat er als Hilfsarbeiter im Hauptbüro in Stuttgart ein. Somit war seine Wiederwahl als unbesoldeter zweiter Vorsitzender unmöglich geworden. In seinem neuen Amt zeigte er sich als ein fleißiger und unermüdlicher Arbeiter, der seine Tätigkeit — Verwaltung der Einzelmitgliedschaften — mit größter Pflichterfüllung ausübte. Vor zehn Jahren, als Achtzigjähriger, ließ er sich bewegen, in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. An der Entstehung und der Aufwärtsentwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat der Verstorbene hervorragend mitgewirkt. Der Erfolg lobnte seine Mühe. Das Andenken an Emil Pfeiffer wird über das Grab hinaus gewahrt bleiben.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 5. Juli, ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. Juli bis 11. Juli 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit * bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Der Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbandes Amsterdam bittet uns, unsere Mitglieder davon zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ganz außerordentlich zugenommen hat. Es sei deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation kann künftig Reiseunterstützung an die zureisenden deutschen Kollegen nicht mehr zahlen.

Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der Schlosser Heinrich Habel, geb. am 11. Februar 1897 zu Frankfurt a. M. Mitgliedsbuch Nr. 5991665, wegen unkollegialen Verhaltens.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

Arthur Strobel Jubilar

Am 1. Juli konnte Kollege Arthur Strobel, Bevollmächtigter unserer Chemnitzer Verwaltungsstelle, sein 25-jähriges Dienstjubiläum feiern. Es liegt durchaus nicht im Sinne Arthur Strobels, aus diesem Anlaß ein besonderes Aufsehen zu machen. Und doch ist es notwendig, unseres lieben und geachteten Kollegen etwas in Dankbarkeit zu gedenken.

Arthur Strobel steht heute im 56. Lebensjahr, ist von Beruf Former und gehört seit beendeter Lehrzeit unserem Verbande an. Zwischendurch war er einmal Mitglied des Zenitraiverbandes der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands. Strobel hat sich große Verdienste um die Chemnitzer Arbeiterschaft erworben. Das große Vertrauen, welches er genoß, brachte es mit sich, daß man ihn schon sehr frühzeitig mit allerlei Ehrenämtern überhäufte. 1906 erfolgte seine Anstellung im Verband. Seit 1919, seit dem Abgang des Kollegen Krause, übt er das Amt des ersten Bevollmächtigten aus. Der Name Strobel ist weiten Mitgliederkreisen bekannt geworden, denn seit einer Reihe von Jahren verwaltet er das höchste Ehrenamt des Verbandes, das Amt des Präsidenten des Verbandstages. Diesen Ruf hat er sich durch sein unparteiisches und sachliches Wesen erworben. Neben seiner umfassenden Tätigkeit als Führer der Chemnitzer Metallarbeiter übt er auch ehrenamtliche Tätigkeit für die Sozialdemokratische Partei aus. Seit einem Jahrzehnt ist er Stadtverordneter. Wir wünschen unserem Arthur Strobel das Allerbeste für sein ferneres Leben.

SCHRIFTENSCHAU

So macht man Dollars (Mountain City) von Upton Sinclair. Preis kartoniert: 2,80 M; in Leinen gebunden 4,80 M. Malik-Verlag, Berlin W 50, Passauer Straße 3. — Der Verfasser gibt Berichte aus dem Leben eines armen Bauernjungen, der unbedingt zu Geld kommen will. Jed Rusher — so heißt der Junge — will unabhängig und mächtig werden. Es ist der Roman eines „Selbstmademan“. Mittel und Wege zu seinem Ziel sind ihm gleich. Er kennt keine Rücksicht. Die Liebe ist für ihn nur eine Eintrittskarte in die Welt, von der er seit frühester Jugend träumt. Jed Rusher hat eine „Wünschelrute gefunden“. Was er unternimmt, glückt ihm. Es geht schnell vorwärts. Ein aufregendes Spiel beginnt: er jagt nach Geld und Besitz und immer Besitz. Das Buch schildert den waghalsigen Kampf aller gegen alle. Dieser Kampf nimmt die unmöglichsten Formen an. Es mag sein, daß er mit Ursache an der Verwirrung des internationalen Wirtschaftslebens ist.
R. C.

Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Das Buch enthält Darlegungen von Friedrich Adler, R. Abramowitsch, Leon Blum und Emile Vandervelde. Preis 45 Pf. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Das Heftchen hat einen bedeutenden historisch-dokumentarischen Wert und ist jedem denkenden Menschen zu empfehlen.

Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Beseitigung. Von Dr. Max Koch. Preis 1 M. Staatspolitischer Verlag, Berlin SW 68, Friedrichstraße 226. Angeblich sollen hier die Dinge von einem Mann mit Sachkenntnis und Erfahrung aufgezeichnet werden. Um den Wert der Schrift zu beurteilen, genügt folgendes Wort aus dem Abschnitt „Lohnpolitik“: „Das Nachgeben der staatlichen Schlichtungsbehörden in der Beamtenschaftsfrage nach 1927 muß als grober wirtschaftlicher Unfug bezeichnet werden.“

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgeber Karl Zwingl, Jena. Juniheft 1931. Verlagsbuchhandlung Jena. Vierteljahressubonnement 3,60 M. Der Inhalt dieser Monatshefte gibt viel Anregendes.

Die Wirtschaftspolitik des Wirtschaftsmotors

Von Peter Zimmer

Der Wirtschaftsmotor ist nicht nur ein Problem der Wirtschaftstechnik, sondern vor allem auch der Wirtschaftspolitik. Insbesondere ist es der Kampf um den Betriebsstoff des Motors, der bisher im Raume der privatkapitalistischen Weltwirtschaft und Weltpolitik in stets heftigerer Form geführt wurde und zur Zeit noch geführt wird. Wir Deutsche sind an diesem Kampfe stark beteiligt. Das ist leicht verständlich, wenn man weiß, daß wir alljährlich für fast eine halbe Milliarde Mark an motorischen Betriebsstoffen einführen. Allein an Mineralölen führten wir im Jahre 1930 3 271 000 Tonnen im Werte von 402,8 Millionen Mark ein.

Es ist hieraus leicht erklärlich, daß in der deutschen Volkswirtschaft der Gedanke auf Eigenproduktion motorischen Betriebsstoffes besonders lebendig ist. Diesen Gedanken zu verwirklichen, war aber deshalb lange Zeit für uns sehr schwer, weil als natürlicher Grundstoff und als Quelle zur Gewinnung motorischen Betriebsstoffes bis vor kurzem nur das Erdöl in Frage kam und dieses Produkt in deutschen Gebieten nur spärlich aufzufinden war. Eines Tages aber kam man auf den Gedanken, den motorischen Betriebsstoff auf chemischem Wege zu gewinnen, und zwar durch Verflüssigung der Kohle. Schon die Verkokung der Kohle hatte ergeben, daß dieselbe Öl- und Benzolprodukte enthält. Es handelt sich also nun noch darum, festzustellen, ob die Kohle bei geeigneter Verarbeitung nicht noch in größere Mengen flüssigen Brennstoffes aufgelöst werden könne, als das bereits durch die Verkokung erreicht war. Versuche waren von Erfolg gekrönt.

Es war besonders ein von Professor Bergius ermitteltes Verfahren, das auf dem Gebiete der Kohle-Verflüssigung zu großen Hoffnungen berechtigte. Die Versuche ließen damit rechnen, daß im Laufe von zehn Jahren der gesamte flüssige Brennstoffbedarf Deutschlands in einer geschätzten Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen aus verflüssigter Steinkohle gewonnen werden könne. Zur Zeit aber können diese Hoffnungen nicht aufrechterhalten werden. Nicht, weil die technische Möglichkeit nicht bestände, sondern weil die sogenannten Marktverhältnisse zu ungünstig sind. Der Erdölvorrat in den Erdölländern ist nämlich so groß und die Erdölproduktion dortselbst so ergiebig gestaltet worden, daß infolge Überproduktion die Erdölpreise um 40 bis 50 vH gesunken sind. Damit aber besteht für die künstliche Gewinnung flüssigen Brennstoffes keine Konkurrenzmöglichkeit mehr. Das heißt nicht, daß nun die Wirtschaftlichkeit der Kohle-Verflüssigung für alle Zukunft unmöglich sei. Dafür sind die Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiete der Verwendung von Motoren noch zu groß. Stehen wir doch auf dem Gebiete des Automobilwesens in Europa und Asien erst in den Anfängen.

Nach den letzten vergleichbaren Statistiken laufen auf der Erde rund 34,5 Millionen Kraftwagen. Auf 58 Menschen der Erde kommt also ein Automobil. In Deutschland kommen auf ein Auto noch 97 Menschen, während in dem reichen Amerika auf je fünf Personen eins kommt. Von dem Weltbestand an Automobilen laufen mehr als 75 vH in USA. In England und Frankreich teilen sich 32 Einwohner in einen Kraftwagen. In Europa steht Deutschland an neunter Stelle.

Die unausbleibliche aufsteigende Entwicklung im europäischen Automobilwesen wird also auch die Frage der befriedigenden Versorgung mit flüssigem Brennstoff bald wieder akut werden lassen. Ob dann die Kohle-

verflüssigung zu ihrer wirtschaftlichen Auswertung gelangen wird, ist zwar nicht mehr mit Sicherheit vorauszusagen. Tatsächlich ist es so, daß der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts, Geheimrat Franz Fischer, noch ein anderes Verfahren entdeckt hat zur künstlichen Erzeugung von Benzin. Zu dieser Tatsache schreibt Arthur Koestler in der Vossischen Zeitung vom 3. Mai 1931:

„Das Verfahren Fischers besteht darin, ein Gas, das Kohlenoxyd und Wasserstoff enthält, durch geeignete chemische Behandlung zu Benzin zu verarbeiten. Solche Gase aber liefert uns die Schwerindustrie sozusagen gratis in größter Qualität: zum Beispiel das Gichtgas, das sich bei der Verhüttung im Hochofen bildet, und das Kokereigas bei der Koksfabrikation. In einem kürzlich gehaltenen Vortrag erklärte Geheimrat Fischer, daß es heute schon möglich sei, aus einem Kubikmeter Kokerei- und Gichtgasmenge 103 Gramm Benzin zu erzeugen. Der Bau eines Apparates, der je Stunde 10 000 Kubikmeter Gas verarbeitet, würde nicht mehr als 2 Millionen Mark kosten; die jährliche Ausbeute eines solchen Apparates würde 6000 bis 7000 Tonnen reinen, hochwertigen Benzins betragen.“

Gleichfalls von Fischer her rührt das sogenannte Fischer-Pichnersche Verfahren der künstlichen Benzolverzeugung. Ausgangspunkt dafür ist gleichfalls ein Gas: das Methan, das im großen Maßstabe als Abfallprodukt bei der Ammoniakherstellung im Ruhrgebiet gewonnen wird und überdies auch bei der Verwertung von Erdgasen gewonnen werden kann. Neben Fischer ist es auch der I. G. Farben gelungen, Benzol künstlich aus Methan über Azetylen herzustellen; man schätzt die jährliche Menge von Benzol, die auf diese Art allein aus den im Ruhrgebiet abfallenden Methanmengen gewonnen werden könnte, auf hunderttausend Tonnen!

Es wurde übrigens auch, und zwar mit gutem Erfolg, bereits versucht, das Methan direkt zum Antrieb von Lastkraftwagen zu benutzen. Es ergab sich dabei eine Ersparnis an Brennstoffvolumen von etwa 15 vH gegenüber dem Benzol — von der Verringerung der Betriebskosten ganz zu schweigen.

Nimmt man zu all dem die neugeführten Schwerölmotoren von Junkers und die zahlreichen anderen Bestrebungen, billigere Brennstoffe zu gewinnen, so gelangt man zu der Überzeugung, daß wir an der Schwelle einer allgemeinen Benzindämmerung stehen.“

Inzwischen dringt noch eine andere überraschende Meldung zu uns. Die Kali-Wintershall A G hat zum Hauptpunkt ihres Arbeitsprogramms für die nächste Zukunft die Gewinnung von Erdöl gemacht. Wir hoffen — so hieß es auf der Hauptversammlung dieser Gesellschaft am 9. März 1931 —, daß sich so viel Erdöl in Mitteldeutschland finden werde, daß gemeinsam mit den norddeutschen Erdölfeldern die Unabhängigkeit des deutschen Rohölmarktes, des deutschen Benzinmarktes und auch des deutschen Schmierölmarktes vom Ausland gegeben sei.

Inwieweit sich diese Hoffnung bewahrheiten wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls aber scheint sich das Problem des Erdöles und der Versorgung mit flüssigem Brennstoff für die Motorisierung allmählich aus der weltpolitischen Spannung loszulösen, um ganz zu einer Frage der reinen Wirtschaftspolitik und der besten Wirtschaftlichkeit im Dienste der schaffenden Menschheit zu werden. Das ist schon deshalb zu begrüßen, weil gerade die bisher mögliche Monopolisierung des Erdölgeschäfts zum gefährlichsten Konfliktsstoff im weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenwirken der Völker geworden war. Zum anderen aber würde eine genügende Eigenproduktion unseres flüssigen Brennstoffes auch gewaltige wirtschaftliche Antriebskräfte bei uns entfesseln können.

vom freiwilligen Arbeitsdienst. Verschiedene Gründe zwingen sie dazu:

Erstens handelt es sich hier um eine Verausgabung öffentlicher Gelder, deren Erfolg mehr als zweifelhaft ist, der zum wenigsten keinerlei Verringerung der Arbeitslosigkeit verspricht. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß Arbeitsdienstpflicht die teuerste Art der Arbeitslosenhilfe ist! Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ist es aber ganz ähnlich. Hinzu kommt das Folgende. Hat die Regierung nicht daran gedacht, wie verbitternd es wirken muß, wenn einerseits die Leistungen der Reichsarbeitslosenversicherung stark abgebaut werden im Hinblick auf ihre Geldnot, die zu äußerster Sparsamkeit zwingt, während man andererseits in derselben Notverordnung, die dem Rechnung trägt, plötzlich finanzielle Mittel für wirtschaftlich teure, arbeitsmarktpolitisch zwecklose, massenpsychologisch aber sehr ungeschickte Versuche zur Verfügung stellen will?

Zweitens handelt es sich bei diesen freiwilligen Arbeitsdienstkolonien um Einrichtungen, die nur zu leicht zu Einrichtungen des Lohndrucks werden können. Wie gesagt, erhalten die Beteiligten keinerlei Entlohnung. Für ein Taschengeld von 50 Pf. sollen sie den ganzen Tag schwer arbeiten! Die Unternehmer werden schmunzeln — und den Gemeinden kann man es kaum verdenken, wenn sie es gleichfalls tun. Wofür sie bisher Arbeiter entlohnen mußten, bekommen sie künftig nichtentlohnte „Dienstkolonisten“. Wohl soll es sich um zusätzliche Arbeiten handeln, aber man zeige eine Gemeinde, die es nicht fertigbrächte, die Zusätzlichkeit einer bestimmten Arbeit zu beweisen. Auf diese Weise werden der Arbeitslosenversicherung neue Lasten aufgebürdet, denen zwar keine oder höchst zweifelhafte Erfolgsposten gegenüberstehen.

Die dritte und nicht zu unterschätzende Gefahr liegt darin, daß hier auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst allmählich der Boden für den Arbeitsdienstzwang vorbereitet werden soll. Bezeichnend ist, daß — außer idealistischen Vereachtern in der Jugendbewegung und der Studentenschaft — die Hauptverfechter dieser Ideen in „nationalen“ Verbänden zu finden sind, daß die Unternehmer ihnen mehr wie wohlwollend gegenüberstehen. Sie werden wissen weshalb! Das läßt auch die ideologische Seite der ganzen Angelegenheit in einem bedenklichen Lichte erscheinen. Im Hintergrund droht die Gefahr, daß einerseits der Dintz-Gedanke, andererseits der Gedanke der „nationalen Wehrhaftigkeit“ diese freiwilligen Arbeitsdienstkolonien versuchen.

Es ist daher notwendig, daß die Arbeiterschaft diesen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit gegenübertritt, ehe sie uns mit ebenso kostspieligen wie gefährlichen Quacksalbereien überrumpeln, die letztlich wieder die breite Masse so oder so bezahlen muß. K. Hirsche

Arbeitslose sollen Hausbesitzer werden

Die Stadt Harburg an der Elbe versucht einen großzügigen Plan durchzuführen: Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, will die Stadt von erwerbslosen Bauhandwerkern, Bauhilfsarbeitern und andern Erwerbslosen, die als Bauarbeiter tätig sein wollen, Wohnungen bauen lassen. Die Stadt liefert das Baumaterial und stellt das Bauland zur Verfügung. Die erwerbslosen Bauarbeiter werden gruppenmäßig zu Arbeitsgemeinschaften in Stärke von durchschnittlich acht Personen zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaften treten bei der Abrechnung der Anzahlungen usw. als Einheit auf. Das Stadtbauamt schließt mit jedem Mitwirkenden einen Vertrag ab, in dem alle Rechte und Pflichten gegenseitig geregelt werden. Die öffentliche Unterstützung der Erwerbslosen soll fortlaufen. Arbeitsgerät und Material stellt die Stadt, das Geld streckt die Städtische Sparkasse vor. Die vorgestreckten Gelder sollen später als erste Hypothek auf das Grundstück eingetragen werden. Weiter soll eine Sicherungshypothek von der Hauszinssteuer oder von der Stadt gewährt werden. Die von den beteiligten Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden gelten als Anzahlung auf den zukünftig ihnen gehörenden Grundbesitz. Die Heimstätten werden als Doppelwohnhäuser gebaut. In erster Linie sollen Verheiratete berücksichtigt werden. Wer sich meldet, muß sich verpflichten, das Land auch tatsächlich zu bebauen. Die Grundstücke sind so groß, daß jeder Mieter einen kleinen Garten bewirtschaften kann. Vorläufig ist die Errichtung von 128 Wohnungen vorgesehen.

Es handelt sich hier um einen beachtenswerten Versuch, brachliegende Arbeitskräfte entsprechend zu verwerten. Man kann dem Gelingen dieses Versuchs gespannt entgegensehen. Dieser Plan beweist aber, daß keineswegs bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, Arbeitslose in den Wirtschaftsprozess wieder einzuschalten.

Konsumgenossenschaft bricht ein Weltmonopol

Der Verband Schwedischer Konsumvereine hat im Jahre 1930 eine Glühlampenfabrik in Betrieb gesetzt. Diese floriert prächtig. Ihr Absatz steigert sich von Woche zu Woche. Sie liefert Glühlampen für 85 Öre das Stück. Die Preise der Großindustrie betragen vor Einsetzung der konsumgenossenschaftlichen Konkurrenz 1,35 Kronen. Unter dem Druck der Konkurrenz der Glühlampenfabrik der Genossenschaften mußte die private Industrie ihre Preise nach und nach auf 95 Öre herabsetzen. Das schwedische Volk hat dadurch eine Ersparnis von 40 Öre je Glühlampe. Das sind bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 10 Millionen 4 Millionen Kronen im Jahr. Bekanntlich ist die Glühlampenindustrie, darunter auch die schwedische, in dem bis zum Jahre 1932 verlängerten internationalen Glühlampenkartell zusammengeschlossen. Es war einer Fabrik der Konsumgenossenschaften vorbehalten, das Monopol dieses starken Kartells zu brechen.

Die Kosten der Aufrüstung in Frankreich

Der Nationalismus des einen Landes treibt Wasser auf die Mühle der Nationalisten im anderen Land. So führte die Erstarkung der nationalistischen Welle in Deutschland mit ihrer starken Propaganda für die Aufrüstung zur Verschärfung der Rüstungen in Frankreich, dessen Kapitalreichtum ihm die Aufbringung großer Mittel für Rüstungszwecke gestattet. Der Staatshaushalt für das Jahr 1931/32 sieht für militärische Zwecke 11,6 Milliarden Franken vor, etwa 700 Millionen Franken mehr als im Finanzjahr 1930/31. Diese Summe schließt aber die gewaltigen Rüstungsausgaben für die Befestigung der Ostgrenzen nicht ein, da diese im Staatshaushalt nicht enthalten sind. Der Kriegsminister wurde im vergangenen Jahr ermächtigt, diese Befestigungsarbeiten mit einem Kostenaufwand von 3,8 Milliarden Franken zu Ende zu führen. Die Befestigung der Ostgrenzen erfolgte seit Kriegsende ununterbrochen. Die erwähnte Zuwendung von 3,8 Milliarden stellt das letzte Glied in der Kette der Befestigungen dar.

Freiwilliger Arbeitsdienst!

Kostspielige und gefährliche Quacksalberei

Den freiwilligen Arbeitsdienst beschert uns nun die neue Notverordnung. Das ist so gedacht, daß „Kolonien“, „Arbeitslager“ eingerichtet werden sollen, deren Aufgabe es ist, bestimmte gemeinnützige, zusätzliche Arbeiten durchzuführen, insbesondere Bodenverbesserung, Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, örtliche Verkehrsverbesserung und Arbeiten, die der Volksgesundheit dienen. Die Teilnahme daran ist frei. Die Teilnehmer sollen nach der Meinung der Propagandisten zu ungefähr gleichen Teilen aus unbeschäftigten Arbeitern und Angestellten, Studenten und Jungbauern bestehen. Auf diese Weise glaubt man die Arbeitslosennot lindern zu können, den Arbeitslosen das Gefühl zu nehmen, sie seien überflüssig, zum andern will man damit das soziale und menschliche Verstehen zwischen den Volksschichten fördern, dem Volksgemeinschaftsgedanken dienen und zur Führerauswahl beitragen. Nett, nicht wahr?

Die neue Notverordnung schafft nun eine gesetzliche Grundlage für die Unterstützung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Reichsregierung ist hierbei nur der Linie gefolgt, die sie in dieser Hinsicht schon lange eingehalten hat. Es sei daran erinnert, daß unter dem Vorsitz des Reichsministers Treviranus, der wohl als hauptsächlicher Verfechter der Arbeitsdienstideen innerhalb der Reichsregierung gelten kann, kürzlich eine Besprechung mit allen Verbänden stattfand (auch das Reichsbanner war dabei vertreten), bei denen man eine Geneigtheit für den freiwilligen Arbeitsdienst vermutete. Diese Besprechungen will man in nächster Zeit unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fortführen.

Diesem Bemühen von oben kommen Bestrebungen von unten entgegen. Alle möglichen Verbände und Vereinigungen befassen sich mit der Verwirklichung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Da nach den Bestimmungen der Notverordnung Träger der Arbeiten dieses freiwilligen Arbeitsdienstes außer den Körperschaften des öffentlichen Rechts gemeinnützige Vereinigungen und Stiftungen sein können, „die Gruppen von Arbeitswilligen für Arbeiten der oben erwähnten Art zusammenfassen“, so ist der Rahmen ungeheuer weit ge-

spannt. Im Vordergrund der Bemühungen um die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes stehen augenblicklich Studenten, besonders in Württemberg und Baden. In Baden besteht seit diesem Jahre ein von den Studentenschaften aller badischen Hochschulen gegründetes „Studentisches Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“, das schon mit ziemlich fest umrissenen Plänen aufwartet.

Danach sollen in Egringen (Amt Lörrach) im August hintereinander zwei Kolonien von je 80 Mann auf die Dauer von drei bis vier Wochen eingesetzt werden, um Entwässerungsarbeiten von Ackergelände durchzuführen. Der Gemeinde sei die Einstellung bezahlter Arbeitskräfte unmöglich. Die Finanzierung ist so gedacht, daß Unterkunft und Verpflegung zum größten Teil von der Gemeinde übernommen, die Kosten der Verpflegung, der Reise der Teilnehmer, die Versicherungsbeiträge und das Taschengeld (es gibt keine Entlohnung, sondern nur ein tägliches Taschengeld von 50 Pf.) usw. sollen durch Zuschüsse des Landesarbeitsamtes und der badischen Regierung aufgebracht werden. Außer diesen beiden „Kolonien“, deren Plan und Finanzierung schon ziemlich fest umrissen ist, wird bereits über den Einsatz weiterer Kolonien verhandelt. So in Baden, aber ähnlich regt es sich überall. Der Jungdeutsche Orden und andere Verbände haben mit dem genannten Paragraphen der Notverordnung das längstbegehrte Spielzeug erhalten — und sie werden sicherlich eifrig damit zu spielen versuchen.

Soll es bald im Lande von „Arbeitsdienstkolonien“ wimmeln? Hier ist ein entschiedenes Nein am Platze! Solange die Kolonien privater Art sind, sind sie Sache der Beteiligten. Sobald aber gesetzlich gebilligte, mit öffentlichen Geldern unterhaltene Übungen daraus werden, ist das etwas anderes. Hier haben die mitzusprechen, denen angeblich damit geholfen werden soll, die Arbeitslosen nämlich und die organisierte Arbeiterschaft. Hatte die Arbeiterschaft gute Gründe, gerade in der jetzigen Zeit mit aller Kraft die Arbeitsdienstpflicht abzulehnen, so gilt das nicht minder

Ausschußsitzung des ADGB

Der Bundesausschuß zur Notverordnung

Der Ausschuß des ADGB trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu Berlin zusammen. Die Sitzung eröffnend, gedachte der Vorsitzende Leipart des Kollegen Heinke, der kürzlich im Alter von 80 Jahren aus seiner erfolgreichen Tätigkeit für die Arbeiterschaft von dem Tod herausgerissen wurde. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart, nachdem er einige mehr geschäftliche Dinge berührt hatte, auf die Bestimmungen der neuen Notverordnung hin, die die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit betreffen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprächen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Verschiedene Verbände seien vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen auf die nächste Woche geladen.

In der Aussprache trat Thiemig dafür ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der von der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit Einstellungszwang verbunden sei. Ebenso müsse ein Lohnausgleich gefordert werden. Krautz hob hervor, der Einstellungszwang müsse, wenn die Arbeitszeit durch Verordnungen geregelt werde, durch die gleichen Verordnungen ebenfalls eingeführt werden. Leipart erklärte, die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit seien überall gegeben.

Bernhard betont, die Verkürzung der Arbeitszeit bleibe eine Forderung der Gewerkschaften; sie sei eine arbeitsmarktpolitische Forderung, die Gewerkschaften wollten arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Auch Brandes erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nach wie vor an der allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche festhalten müßten. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 vH eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 80 vH ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, müsse der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten.

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage

leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem AFA-Bund seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben. Leipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitern zugemutet würden. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht, auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befremdlicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe zum Beispiel darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein.

In der Ansprache kam die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionäre treffen. Von allen Seiten wurde mit der allergrößten Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kredit-systems zu vermeiden. Es galt, eine schlimmere Situation zu verhüten. Das müssen auch die Arbeiter einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei 5 Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind. Die Gewerkschaften haben beim Lohnabbau wie durch ihre Entscheidung in der letzten Woche Schlimmeres verhütet. Denn

manche Länder und noch vielmehr Gemeinden standen vor der Situation, nicht mehr ihre Beamten bezahlen, nicht mehr ihre Renten auszahlen zu können. Das wäre eine finanzielle, eine wirtschaftliche, eine politische Katastrophe gewesen. Gewiß, die Solidarität der Arbeiter ist die stärkste und beste Waffe. Diese Solidarität mit einem Schläge einzusetzen, wäre scheinbar eine Möglichkeit gewesen, die zum Erfolg hätte führen können. Tatsächlich sind aber außerparlamentarische Waffen in der heutigen Situation schwer anwendbar. Weder die Kommunisten noch die deklarierten Mittelschichten würden mit der organisierten Arbeiterschaft sich zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung vom Ausschuß einmütig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Entschließung

Der Bundesausschuß des ADGB drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit; sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Truste in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die

Ausschaltung der Gewährung von Pensionen

an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige, nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut die Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage demoralisierend verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit

Erhöhte Behaglichkeit und nachhaltige Entspannung durch eine gute GEG-ZIGARETTE

GEG-NEPTUN STÜCK 4 Pfg.
GEG-PHANTIS STÜCK 4 Pfg.
GEG-KISIL STÜCK 5 Pfg.
GEG-GASTALDE STÜCK 6 Pfg.

AUS EUEREM KONSUMVEREIN

dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Sodann wurde über die Schaffung von Lehrlingsordnungen verhandelt. Schlimme vom ADGB leitete die Erörterung ein. Ihm folgte Schleicher vom Holzarbeiterverband. Zur weiteren Klärung der Streitfragen und Zweifel wurde beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den beteiligten Gewerkschaften weiter zu verhandeln und das Ergebnis der kommenden Ausschusssitzung zu berichten.



Josef Witt, Weiden-Oberpf.

Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk

- 2500 Arbeiter und Angestellte,
 - 31472 Spindeln in eigener Spinnerei,
 - 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
 - 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
- sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen
900000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung v. 15,- Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlaftdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

Nr.	Preise per Meter	breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkläd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reissfeste Qualität, echt indanthrenfarbig, gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwundl.	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feinfäd., sehr dicht geschl., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stuhluch, nach Hanstuch genannt, weiss, sehr dicht strapazierbare Betttücher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frottierhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit schön. eingeweb. Mustern	Größe: 45x100 cm per Stück	0,70
19	Damentaschentücher, weiss m. Hohlraum, feinfäd., gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar	per 1/2 Dutzend	0,70

Ungeheuer vorteilhaft!

21 Weisses Hemdentuch, mittelstarkläd. geschl., vorzügl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche sehr leichter noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreis per mtr. nur 0,36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,- Mk. an, portofrei. Lieferung von 20,- Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.

Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand

Wilhelm Pahr
Borstwickelung
1927
Berlin, Bronnestr. 78

Zur Gesichts-Bräunung
über auch per Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern
verwendbar unter der Regenschirm mit Hilfe der Solar-Strahlung.
Tubo 60 Pfg. mit 1 Stk. Wirkung unermesslich hoch. Solar-Strahlung
Tubo 60 Pfg. In jeder in allen Apotheken-Schreibwaren.

Gelbe Raucherzähne
Wah! klingen Einiges endlich das Rätsel für meine Zähne. Nach
beständiger Gelbfärbung durch weiße Zähne, trotzdem dieselben
durch vieles Waschen braun und stumpf wurden. Ich werde nichts
anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B., fünfzig Pfg. pro
Tasche nur bei jeder Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pfg. mit
30 Pfg., nach jeder jeden Erfolg dafür zurück.

Bett-Betten
Stahl, Holz, Eisen
Küchen, Tisch, Stühle
Fahrräder, Kleinfahrer
Laternen, Lampen, etc.
Kaufmann, Berlin

Kugellager
2 Kgl. - 9 Pfg. 3,15
30 Kugellager 3,25
100 Stk. 1 Kgl. 3,25
K. Schmidt, Berlin

Radikaler Preisabbau!
Wah! klingen Einiges endlich das Rätsel für meine Zähne. Nach
beständiger Gelbfärbung durch weiße Zähne, trotzdem dieselben
durch vieles Waschen braun und stumpf wurden. Ich werde nichts
anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B., fünfzig Pfg. pro
Tasche nur bei jeder Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pfg. mit
30 Pfg., nach jeder jeden Erfolg dafür zurück.

Größer Preisabbau! Billige Böhmische Bettfedern!
1 Pfund gem., gut. geschlossene Bettfedern 20 Pfg., bessere
Quadrat 30 Pfg., halbfeder, flammig 1 M 20, weiße, flamm-
ig, geschlossene 1 M 20, 1 M 30, 2 M 50, beste, geschl.
Bettfedern-Herrlichste 3 M, 4 M, 5 M. Best.
Küchen, Kleinfahrer, mit Flamm gem., halbfeder
1 M 25, weiß 2 M 25, schwarze Flamm 3 M 25, 4 M 25. Muster und
Preise kostenlos. Versand jeder Menge zahlbar gegen Nachnahme. Von
10 Pfund an gratis. Nichtbezogenes wird ungetarnt oder Geld zurück.
S. REUSCH in PRAG XL, AMERKA ULICE NR. 969, BÖHMEN.

Metallarbeiter
Kaufmann, Berlin

Bremser's Salz Pergament

Binnmachgläser
Bremser's Salz Pergament

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA
Kaufmann, Berlin